

ALBANISCHE HEFTE

2/2014

Themenschwerpunkt:
Infrastruktur

Zeitläufe

Unklare Regierungsbildung
nach Parlamentswahl im Kosovo



43. Jahrgang - 2. Quartal - 3,50 €

ISSN 0930-1437

Tagung der DAFG

Deutsch-Albanische Begegnungen: Konflikte und Symbiosen

Hamburg, den 15. November 2014
Hamburger Kultur- und Gewerbespeicher,
Kehrwieder 2, Block D, 1. Etage
(Eingang Miniaturwunderland/Hamburg Dungeon)

Peter Müller (Lehrer, Hofheim/Taunus)

Wie gewonnen, so zerronnen: die kurzweilige Begegnung des deutschen Prinzen zu Wied mit seiner Herrschaft Albanien im Jahre 1914

In der kriegsaufgeladenen Stimmung vor dem Ersten Weltkrieg hatten die sechs weltbeherrschenden Großmächte immer wieder versucht, bei Konflikten und angesichts unterschiedlicher Ziele Kompromisse und diplomatische Lösungen zu finden, so auch bei der Verteilung der Konkursmasse des zerfallenden Osmanischen Reiches, ausgelöst durch die Balkankriege 1912/13. Albanien Unabgängigkeitserklärung wurde von der Londoner Botschafterkonferenz 1913 anerkannt, jedoch eine Art Protektorat mit den Schutzpaten Italien und Österreich-Ungarn beschlossen. Selbst auf einen Throninhaber konnte man sich im Verlauf des Jahres 1913 einigen: Prinz Wilhelm zu Wied, ein Cousin des deutschen Kaisers und Neffe der rumänischen Königin, sollte die Geschicke des kleinen Balkanstaates am Rande der Adria künftig lenken. So kam es von März bis September 1914 zu einer deutsch-albanischen Begegnung der besonderen Art.

Bledar Kondi (Musikethnologe, Halle/Saale)

111 Jahre deutschsprachige Musikforschung im der albanischen Klanglandschaft

Wann wurde zum ersten Mal eine albanische Stimme aufgenommen? Wer hat die zeitlosen Klänge der albanischen Musik, Sprache und Natur aufgezeichnet, dokumentiert, und veröffentlicht? Ziel dieser Präsentation ist es, den wissenschaftlichen Beitrag deutscher Musikforscher in Albanien an Hand ihrer Feldaufnahmen zu skizzieren.

Marenglen Kasmi (Historiker, Tirana)

Albanien und die deutsche Besetzung 1943-44. Die Errichtung der Besatzungsmacht und die Haltung der politischen Kräfte

Nach der Kapitulation Italiens im September 1943 befand sich Albanien an einem Scheideweg. Würde die von vielen erwartete Landung anglo-amerikanischer Truppen erfolgen oder würde das Land von Deutschland besetzt werden? Das waren die beiden Optionen, die in den damaligen politischen Kreisen in Albanien am stärksten erörtert wurden. Dieses Dilemma wurde durch die Besetzung Albanien seitens der Wehrmacht beendet. Wie wurde diese Besetzung von den politischen Kräften in Albanien aufgenommen und welche Haltung nahmen sie dazu ein? Diese Fragen werden noch heute in der albanischen Geschichtsschreibung kurz vor dem 70. Jahrestag der Befreiung und des Kriegsendes in Albanien diskutiert.

Enrico Seewald

(Politikwissenschaftler, Berlin)

Die Stasi und die DAFG. Albanien und die Deutsch-Albanische Freundschafts-gesellschaft im Visier des Ministeriums für Staatssicherheit

Die Führung der SED hatte Albanien aus ideologischen Gründen als ähnlich gefährlich für die DDR eingestuft wie die USA, Großbritannien oder die Volksrepublik China. Entsprechend hoch war der vom Ministerium für Staatssicherheit betriebene Aufwand für die Überwachung aller mit Albanien zusammenhängenden Aktivitäten. Betroffen davon war auch die Deutsch-Albanische-Freundschaftsgesellschaft, für die eine eigene "Operative Feindakte" angelegt wurde.

Sadbere Karimani

(Albanischlehrerin, Hamburg)

Die „albanische Migration“ in Deutschland. Eine Innenansicht

Wenn man von der „albanischen Migration“ spricht, wird häufig nur die Auswanderung seit den 1990er Jahre verstanden. Dabei ist diese Phase der Immigration nach Deutschland nur die jüngste Phase in einer mittlerweile drei Generationen überspannende Geschichte einer albanischen Einwanderung, die mit der Anreise der ersten jugoslawischen Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter ihren Anfang hatte. Im Vortrag wird über diese oft vergessene Geschichte der Migration nach Deutschland reflektiert.

Christian Ritter (Ethnologe, Zürich)

Die „Identität“ junger Diaspora-Albaner in den sozialen Medien: „Auch Nikci macht den Adler“

Im jugendkulturellen Alltag ist der mit den Händen geformte Doppeladler – die performative Nachahmung des albanischen Wappentiers – ein bekannter Code, mit dem Jugendliche zumeist kosovarischer Herkunft Ethnizität konstruieren und repräsentieren. Mittlerweile ist die Geste durch die Fußballspieler Nikci, Kasmai und zuletzt Mustafa sowie durch die britisch-kosovarische Sängern Rita Ora über den jugendkulturellen Kontext hinaus bekannt und hat in der medialen Öffentlichkeit zu teilweise heftigen gesellschaftspolitischen Debatten über Integration und kulturelle „Identität“ geführt. Vor diesem Hintergrund bespricht der vorgeschlagene Beitrag anhand empirischer Beispiele Hintergründe und Praktiken dieser Inszenierungen als Formen der Aneignung und Verhandlung kultureller Zuschreibungen, aber auch der medialisierten Selbstnarration im Spannungsfeld von Ethnizität, Jugendkultur und massenmedialer Repräsentation.

Abschließend Diskussion -

ab 18 Uhr Abendessen

„Zum Brandanfang“, Deichstr. 25, 20459 Hamburg

Unkostenbeitrag

EUR 20,-

(EUR 10,- für DAFG-Mitglieder, Studierende etc.)

Anmeldungen

werden erbeten unter:

dafg.konferenz2014@gmail.com

Den geplanten zeitlichen Rahmen der Tagung finden Sie auf S. 29

Liebe Leserinnen,
liebe Leser,

oft haben wir in den vergangenen Jahren das Thema Albanien und die EU behandelt, auch darüber spekuliert, ob bzw. wann Albanien den EU-Kandidatenstatus erhält. Nun ist dies tatsächlich geschehen. Den Wortlaut der Stellungnahme des Rats der EU finden Sie auf S. 6. Und daraus geht deutlich hervor, welche Reformanstrengungen Albanien weiterhin unternehmen muss, um das Ziel einer Mitgliedschaft auch wirklich erreichen zu können.

In der vorletzten Ausgabe haben wir ausführlicher über die ersten Kommunalwahlen im Kosovo berichtet, in diesem Heft gehen wir detailliert auf vorgezogenen Parlamentswahlen ein, die in diesem Sommer abgehalten worden sind. Sie brachten ein kompliziertes Ergebnis, das den Kosovo in eine veritable Verfassungskrise stürzte, denn heute, mehr als 3 Monate nach dem Wahlgang, hat das Parlament seine konstituierende Sitzung mehrfach unterbrochen, ist eine neue Regierung noch nicht gewählt.

Schwerpunktthema ist diesmal die Infrastruktur. Neben einem Rückblick auf die Zeit des Zogu-Regimes, durch den deutlich wird, auf welch (geringes) Erbe aus der Vergangenheit Albanien sich in diesem Bereich stützen konnte, finden Sie zwei Artikel über Großprojekte der Gegenwart. Eines davon, die „Rruga Kombëtare“, ist mit großem finanziellen Engagement bereits verwirklicht, hat aber längst nicht alle – hohen - Erwartungen erfüllt, die in den Gegenden, durch die sie führt, mit ihrem Bau verbunden worden sind.

Das zweite, der Universalbahnhof von Tirana, befindet sich noch in der Planungsphase, die Realisierung ist durchaus offen. Jeder, der von Tirana aus in einen anderen Landesteil Albaniens gereist ist, vermag aber einzuschätzen, welchen Fortschritt dieser im Alltag der „Metropole“ Tirana darstellen würde.

Und wie bereits in AH 1/2014 kurz berichtet veranstaltet die DAFG am 15. November 2014 in Hamburg eine Tagung unter dem Thema „Deutsch-Albanische Begegnungen: Konflikte und Symbiosen“, zu der wir Sie noch einmal ganz herzlich einladen möchten. Den genauen Zeit- und Themenplan finden Sie in diesem Heft. Und am Tag darauf findet – ebenfalls in Hamburg – die turnusmäßige Mitgliederversammlung unserer Gesellschaft statt, bei der wir hoffentlich viele Vereinsmitglieder begrüßen können!

Ihr
Bodo Gudjons
Chefredakteur

Chronik

- 04 Daten, Namen, Fakten: März - Juni 2014

Magazin

- 06 Der Rat der Europäischen Union zum Kandidatenstatus für Albanien

Zeitgeschichte

- 08 **Unklare Regierungsbildung nach Parlamentswahl im Kosovo**



- 12

Schwerpunktthema

- 14 **Verkehr und Infrastruktur im Zogu-Regime**

- 14 **Ein Universalbahnhof für die Hauptstadt**

- 17 **Die Rruga Kombëtare Durrës - Morina**
Die wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen nationaler Großprojekte auf lokaler Ebene

Medienreport

- 23 Neuerscheinungen
Rezensionen

Aus der DAFG

- 28 Tagung der DAFG in Hamburg
29 Mitgliederversammlung 2014 in Hamburg
Kontaktadressen

Titel

Neuer Autobahntunnel auf der Strecke Tirana - Elbasan
Foto: Bodo Gudjons

Rückseite

Bau der Ringstraße Tirana - Sauk - Selita
Foto:

■ März 2014

8. Brucaj Leiter der Muslimischen Gemeinschaft Albaniens: Skënder Brucaj wird vom Leitungsgremium der Muslimischen Gemeinde mit 88 von 99 Stimmen (gegen 8 Stimmen für Dorian Demetja) zum neuen Vorsitzenden und damit zum Nachfolger des zurückgetretenen Selim Muça gewählt.

14. Gemeinsame Konsulate Albaniens und Kosovos: Die Außenminister von Albanien und Kosovo, Ditmir Bushati und Enver Hoxhaj, unterzeichnen ein Abkommen über die Einrichtung gemeinsame Konsulate, die zunächst in Mailand und Canberra eingerichtet werden sollen. Damit sollen sowohl die engere Zusammenarbeit beider Staaten als auch die Haushaltskonsolidierung gefördert werden.

16. Durchmarsch für Vucic in Serbien: Die vorgezogenen Parlamentswahlen in Serbien bringen der rechtspopulistischen Fortschrittspartei (SNS) von Aleksandar Vučić und Staatspräsident Tomislav Nikolić mit 48,8 % (2012: 24,1 %) und 156 von 250 Mandaten die absolute Mehrheit. Die mitregierende Sozialistische Partei (SPS) des bisherigen Ministerpräsidenten Ivica Dačić erhält 14 % (2012: 14,5 %) und 45 Mandate. Mit 5,7 % und 17 Mandaten ist eine Liste unter Führung des ehemaligen Staatspräsidenten Boris Tadić im Parlament vertreten, während seine ehemalige Demokratische Partei (DS) 5,9 % und 18 Sitze erhält (2012 zusammen 22,1 %); alle anderen serbischen Parteien scheitern an der 5%-Hürde. Die Ungarn in der Vojvodina erringen 9, die Sandžak-Muslime 3 Mandate; die von Riza Halimi geführte PVD gewinnt 0,5 % und zwei Mandate (2012: 0,3 %); sie vertritt die albanische Minderheit im Preshevalat.

24. Schach an albanischen Schulen: Der frühere Schachweltmeister Garri Kasparov trifft mit Ministerpräsident Rama und Bildungsministerin Lindita Nikolla zusammen. Neben der Entwicklung in Russland und der Ukraine wird über die Verankerung des Schachspiels an den albanischen Schulen gesprochen; Nikolla sagt zu,

es zunächst in der Unterstufe an 10 Sekundarschulen einzuführen und dann auszuweiten.

27. Präfekten abgelöst: Die Regierung löst Besnik Dervishi als Präfekten des Großbezirks Vlora ab und ersetzt ihn durch Etjona Hoxha; Ram Hoxha wird in Kukës von Safet Gjici, den Präsidenten des dortigen Fußballklubs, abgelöst.

27. Konflikt um albanischen NATO-Vertreter: Das Verwaltungsgericht von Tirana hebt den Beschluss von Verteidigungsministerin Mimi Kodheli auf, Konteradmiral Kristaq Gërveni als albanischen Vertreter bei der NATO abzuziehen; die Begründung, er habe zu Unrecht einen Admiralstitel geführt, sei nicht belegt. Auch Präsident Nishani hatte sich gegen Gërvenis Abberufung ausgesprochen.

■ April 2014

1./2. Rama in Berlin: Ministerpräsident Rama besucht Deutschland; er trifft u.a. mit Bundeskanzlerin Angela Merkel, Vizekanzler Sigmar Gabriel, dem Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU, Volker Kauder, und Bundestagspräsident Norbert Lammert zusammen. Merkel nimmt seine Einladung zu einem Gegenbesuch in Albanien an.

2. Zeman kritisiert Kosovo: Bei einem Besuch in Belgrad kritisiert der tschechische Staatspräsident Miloš Zeman die Entwicklung in Kosovo, das er für einen Staat unter dem Einfluss der Drogenmafia hält. Die angekündigte Umwandlung der Sicherheitskräfte in reguläre Streitkräfte (s. 4.3.) ist seiner Ansicht nach die Wiederbewaffnung der UÇK.

5. Kosovo-Parlament Beobachter bei NATO: Auf einer Tagung der Parlamentarischen Versammlung der NATO wird das Parlament von Kosovo eingeladen, als Beobachter an diesem Gremium teilzunehmen.

6. Kommunisten greifen Zogu-Büste an: Mitglieder der Neuorganisierten Partei der Arbeit Albaniens versuchen vergebens, die Zogu-Büste auf dem nach ihm benannten Boulevard niederzureißen. – Der Fraktionsvorsitzende der PD, Edi Paloka, beschuldigt Edi Rama,

hinter diesem Akt zu stehen. – Die PD fordert ein erneutes Verbot der kommunistischen Parteien, wie es bereits in den 90er Jahren bestand.

8. IWF sieht Konjunkturbelebung: Der Internationale Währungsfonds sieht für 2014 ein Wirtschaftswachstum von 2,1 % voraus, nachdem 2013 mit nur 0,7 % ein im Vergleich der Balkanstaaten sehr schlechtes Jahr war. 2015-2019 soll das Wachstum von 3,3 % auf 4,7 % steigen.

9. Gërveni abberufen: Der albanische Vertreter bei der NATO, Kristaq Gërveni, wird nach wochenlangem Streit durch einen Erlass des Präsidenten abberufen (s. 27.3.).

13. Präsidentenwahl in Makedonien: Amtsinhaber Gjorgje Ivanov (VMRO-DPMNE) gewinnt 51,7 %, Stevo Pendarovski (SDSM) 37,5 %, Iljaz Halimi von der albanischen PDSH 4,5 % und Zoran Popovski (GROM) 3,6 %. Der mitregierende albanische BDI hatte keinen Kandidaten aufgestellt, sondern zum Boykott aufgerufen; er befürwortet eine Wahl des Präsidenten durch das Parlament. Trotz der klaren Mehrheit für Ivanov muss er in eine Stichwahl gegen Pendarovski, weil er bei einer Wahlbeteiligung von 48,9 % nicht die Mehrheit aller Wahlberechtigten errungen hat.

23. Kosovo-Parlament unterstützt Sondertribunal: Mit 89 gegen 22 Stimmen bei 2 Enthaltungen stimmt das Parlament von Kosovo der Einrichtung eines Sondergerichtshofes zu, der die Vorwürfe gegen früherer UÇK-Führer wie Ministerpräsident Thaçi aufklären soll, sie hätten serbische und albanische Gefangene zum Zweck des Organhandels ermorden lassen. Das Gericht soll unter kosovarischer Jurisdiktion stehen, aber einen zweiten Sitz in einem EU-Land haben.

25. Tourismus-Kooperation mit Montenegro: Tourismus-Ministerin Eglantina Gjermeni empfängt ihren montenegrinischen Kollegen Branimir Gvozdenović, mit dem sie ein Abkommen zur Zusammenarbeit im Tourismus im Grenzgebiet schließt.

27. Sieg der Koalition bei Parlamentswahl in Makedonien: Bei der Parlamentswahl in Makedonien beteiligen sich 63 % der Wahlberechtigten.

Die von der VMRO-DPMNE von Ministerpräsident Nikola Gruevski geführte Listenverbindung erringt mit 43 % (2011 39,2 %) 61 der 123 Mandate. Die oppositionellen Sozialdemokraten und ihre Verbündeten gewinnen 25,3 % (2011 32,8 %) und 34 Sitze. Unter den albanischen Parteien bekommen der mitregierende BDI 13,7 % (2011 10,3 %) (19 Sitze), die PDSH 5,9 % (wie 2011) (7 Mandate) und die RDK 1,6 % (2011 2,7 %) (1 Mandat).

27. Ivanov bleibt Präsident von Makedonien: In der Stichwahl wird Gjorgje Ivanov mit 55,3 % gegen Stevo Pendarovski mit 41,1 % (Rest Enthaltungen) bestätigt.

27. Neue serbische Regierung gewählt: Das serbische Parlament bestätigt die neue Koalitionsregierung unter Aleksandar Vučić (SNS). Er löste den Sozialisten Ivica Dačić ab, der als Außenminister im Kabinett bleibt.

■ Mai 2014

1. Parkplätze sollen frei gehalten werden: Ein Rundbrief von Innenminister Saimir Tahiri an zahlreiche Bürgermeister wird veröffentlicht, in dem die Gemeinden aufgefordert werden, Parkflächen frei zu machen, die von Gebrauchtwagenverkäufern und abgestellten Schrottwagen blockiert werden.

1. Verteidigung der Literatursprache: 20 Sprach- und Literaturwissenschaftler und Autoren publizieren einen Offenen Brief an Ministerpräsident Edi Rama, in dem sie fordern, dass die Regierung die literatursprachliche Einigung von 1972 respektiert und Überlegungen zur Schaffung eines neuen Sprachstandards gemeinsam mit kosovarischen Institutionen aufgibt. – Seitens der Albaner im früheren Jugoslawien wird der Standard von 1972 als zu einseitig toskisch kritisiert.

6. Albanien scheitert im ESC-Halbfinale: Im ersten Halbfinale des Eurovision Song Contest in Kopenhagen erhält die albanische Sängerin Hersi (Herciana Matmuja) mit „One Night's Anger“ nur 22 Punkte und landet auf Platz 15 (von insgesamt

16); sie qualifiziert sich damit nicht für das Finale.

7. Arbeitsmarkt für Kosovaren und Albaner in Serbien geöffnet: Die albanische Regierung hebt für Kosovaren und Albaner aus dem Preshevat in Serbien die Pflicht auf, vor einer Erwerbstätigkeit in Albanien eine Arbeitserlaubnis einzuholen.

7. Kosovo-Parlament löst sich auf: Mit 90 Ja-Stimmen beschließt das kosovarische Parlament seine Selbstauflösung und macht den Weg frei für Neuwahlen am 8.6.2014.

9. Rücktritte bei Islamischer Gemeinschaft: Vier ranghohe Funktionäre der Islamischen Gemeinschaft Albanien erklären ihren Rücktritt, ohne Gründe anzugeben. Dies wird als weiteres Zeichen für heftige Richtungskämpfe bei den albanischen Sunniten über das Verhältnis von Staat, Gesellschaft und Religion gewertet.

12. Erdbeben im albanisch-griechischen Grenzgebiet: Im Grenzgebiet zwischen Albanien und Griechenland verursacht ein Erdbeben leichte Sachschäden. Im unbewohnten Epizentrum hat das Beben eine Stärke von 7, in Saranda 5 und in Gjirokastra noch 4 Punkte auf der Richter-Skala.

14./15. von der Leyen in Kosovo: Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) besucht die deutsche KFOR-Truppe in Prizren. Sie würdigt den KFOR-Einsatz als Voraussetzung für eine friedliche Entwicklung. Sie erklärt, der NATO-Einsatz 1999 sei nicht völkerrechtswidrig gewesen. Ein geplantes Treffen mit Ministerpräsident Hashim Thaçi wird ohne Begründung abgesagt; man vermutet, von der Leyen wollte nicht in den Wahlkampf hineingezogen werden. – Die Bundesregierung beschließt die Verlängerung des Einsatzes um ein weiteres Jahr.

14. Erdogan kommt nicht nach Albanien: Der für heute vereinbarte Besuch des türkischen Ministerpräsidenten Recep T. Erdogan in Tirana wird wegen eines schweren Bergwerksunglücks in der Türkei mit vielen Toten abgesagt. Der türkische Regierungschef gerät erneut unter erheblichen politischen Druck.

17. Chef des Drogendezernats abgelöst: Sokol Selfollari wird als Leiter des Drogendezernats der Generaldirektion der Polizei abgelöst und in die Standardsicherungsabteilung

versetzt; Hintergrund sind zahlreiche Drogenfunde der letzten Zeit, aufgrund derer die Opposition der Regierung Versagen und Komplizenschaft vorwirft. – PD-Chef Lulzim Basha kündigt am 20.5. die Bildung einer Nationalen Antidrogen-Allianz an, die zum Sturz der Regierung beitragen will.

21. Kosovo - Türkei 1:6: In Mitrovica bestreitet die kosovarische Fußballnationalmannschaft ihr zweites offizielles Spiel; sie unterliegt der Türkei mit 1:6.

24./25. Rama und Pacolli in Kasachstan: Der albanische Ministerpräsident Rama und der kosovarische Vize-Regierungschef Behgjet Pacolli besuchen Kasachstan. Nach Gesprächen mit dem autoritären Präsidenten Nursultan Nasarbajev unterzeichnet Rama mit seinem kasachischen Kollegen Karim Massimov ein Abkommen über die Zusammenarbeit beider Länder. Ziel der Gespräche ist es, kasachische Investoren nach Albanien zu locken, besonders beim Ausbau und internationalen Anschluss des Eisenbahnnetzes.

25. Kosovo – Senegal 1:3: In Genf verliert die kosovarische Nationalmannschaft auch das Spiel gegen Senegal mit 1:3.

27. Albanisch-Deutsche Parlamentariergruppe: Im albanischen Parlament in Anwesenheit von Botschafter Hellmut Hoffmann wird eine Parlamentarische Freundschaftsgruppe Albanien – Deutschland unter Vorsitz von Taulant Balla (PS) gegründet. Edi Rama begrüßt dies und weist darauf hin, dass ihn seine erste Auslandsreise als Ministerpräsident nach Deutschland geführt hatte.

27. Opposition in Makedonien will Neuwahlen erzwingen: Die makedonischen Sozialdemokraten (SDSM) und weitere Oppositionsparteien wie die albanische RDK legen ihre Mandate im neu gewählten Parlament nieder und kündigen an, dass auch die Nachrücker ihre Mandate nicht annehmen werden; sie protestieren damit gegen angebliche Wahlfälschungen der Regierung Gruevski und wollen Neuwahlen erzwingen (s. 27.4.2014).

28. Serben drohen mit Wahlboykott: Die Bürgermeister der vier serbisch

dominierten Gemeinden in Nordkosovo drohen mit einem Boykott der Parlamentswahl am 8. Juni; sie protestieren gegen das kosovarische Staatswappen auf den Wahlzetteln. Diese Haltung ist unter den Kosovo-Serben allerdings umstritten.

31. Orthodoxe Kirche in Tirana eingeweiht: In Tirana wird die neu errichtete orthodoxe Kirche „Auferstehung Christi“ eingeweiht; an der Zeremonie nehmen mehrere Patriarchen orthodoxer Kirchen teil, darunter der von Serbien, Irenej.

■ Juni 2014

4. Europäische Kommission empfiehlt Kandidatenstatus für Albanien: In ihrem Fortschrittsbericht würdigt die EU-Kommission die Fortschritte Albanien und empfiehlt dem Rat der EU und dem Europäischen Parlament, dem Land den Status eines Beitrittskandidaten zu verleihen. Diese Entscheidung war mehrfach verschoben worden.

4. Angleichung der Schulsysteme Albanien und Kosovos: Die stellvertretende Bildungsministerin Albanien, Nora Malaj, teilt der Presse mit, dass sich die Regierungen Albanien und Kosovos auf eine Angleichung der Schulstrukturen beider Länder verständigt haben; sie soll ab September zunächst in zehn albanischen Schulen erprobt werden. Die Primarstufe wird auf fünf Jahre verlängert, die Sekundarstufe I auf vier Jahre verkürzt; die Sekundarstufe II bleibt dreijährig. Teilweise sollen gemeinsame Schulbücher verwendet werden.

5. 10.000 Lekë-Banknote kommt: Die Presse berichtet über einen kürzlich gefassten Beschluss der Bank von Albanien, demnächst einen Geldschein über 10.000 Lekë (ca. 71 €) zu emittieren. Das höchste Nominal war bisher der 5.000-Lekë-Schein.

7. Albanien Umweltindex kritisch: Nach Angaben des Environmental Performance Index (EPI) der Universität Yale rangiert Albanien bei der Qualität der Umwelt weltweit auf dem 67. Platz von 178 untersuchten Ländern; unter den Balkanstaaten belegt es nur Platz 6.

8. Parlamentswahlen in Kosovo: Bei den vorgezogenen Parlamentswahlen, an der nur 41,5 % der Wahlberechtigten teilnehmen, wird eine gemeinsame Liste der Demokratischen Partei Kosovos (PDK) von Ministerpräsident Hashim Thaçi mit einigen kleinen Parteien mit 214.533 Stimmen (30,7 %; 2010: 32,1 %) stärkste Kraft, gefolgt von der Demokratischen Liga Kosovos von Isa Mustafa mit 179.848 Stimmen (25,7 %; 2010: 24,7 %). Die „Bewegung Selbstbestimmung!“ (Vetëvendosje!) von Albin Kurti bekommt 94.483 Stimmen (13,5 %; 2010: 12,7 %), die Allianz für die Zukunft Kosovos (AAK) 67.213 Stimmen (9,6 %; 2010: 11,0 %). Die kürzlich von der PDK abgespaltene „Initiative für Kosovo“ (NISMA) von Fatmir Limaj zieht mit 36.570 Stimmen und 5,2 % knapp ins Parlament ein. Die Allianz Neues Kosovo (AKR) des Großunternehmers Behgjet Pacolli, bisher stellvertretender Ministerpräsident, scheitert mit 32.543 Stimmen (4,7 %; 2010: 7,3 %) an der 5 %-Hürde. Sitzverteilung: PDK 37 (2010: 34), LDK 30 (2010: 27), VV 16 (2010: 14), AAK 11 (2010: 12), NISMA 6, AKR 0 (2010: 8), Serbische Liste 9, weitere Serben 1 (2010: zusammen 10), nicht serbische Minderheitenparteien (2010: 10).

10. Machtwechsel in Kosovo: Nur zwei Tage nach der Wahl einigen sich drei bisherige Oppositionsparteien auf die Bildung einer Koalition. Ramush Haradinaj (AAK) soll Ministerpräsident werden; er hatte dieses Amt bereits 2004-2005 für wenige Monate inne, musste aber wegen einer Anklageerhebung in Den Haag zurücktreten. Der im vergangenen Jahr abgewählte Bürgermeister von Prishtina Isa Mustafa (LDK) soll der nächste Staatspräsident nach dem Ausscheiden der Amtsinhaberin Atifete Jahjaga werden. Fatmir Limaj (NISMA) wird stellvertretender Regierungschef. Diese Koalition kommt nur auf 47 Mandate, müsste sich also die Unterstützung anderer Parteien sichern. – Die PDK von Ministerpräsident Hashim Thaçi kündigt eine Verfassungsklage an, weil sie den Auftrag zur Regierungsbildung für sich als stärkste Partei reklamiert.

Der Rat der Europäischen Union

Schlussfolgerungen des Rates hinsichtlich Albanien Luxemburg 24. Juni 2014

Der Rat hat die folgenden Schlussfolgerungen angenommen:

1. In Übereinstimmung mit seinen Schlussfolgerungen vom 17. Dezember 2013 begrüßt der Rat den Bericht der Kommission vom 4. Juni und beschließt angesichts seiner Untersuchung von Albanien stetigem Fortschritt, Albanien den Kandidatenstatus zu gewähren, vorbehaltlich der Zustimmung des Europäischen Rates.

2. Der Rat unterstreicht, dass Albanien im Anschluss an die Gewährung des Kandidatenstatus entschieden im Sinne aller Empfehlungen im Bericht der Kommission handeln und seine Anstrengungen intensivieren sollte, eine dauerhafte, umfassende und inklusive Umsetzung der Schlüsselprioritäten zu gewährleisten, besonders die Reform der öffentlichen Verwaltung und der Justiz, den Kampf gegen das organisierte Verbrechen und gegen die Korruption, den Schutz der Menschenrechte und eine Politik der Antidiskriminierung und Gleichbehandlung gegenüber Minderheiten sowie die Umsetzung von Eigentumsrechten. Der Rat unterstreicht die Bedeutung für Albanien, seine Anstrengungen gegen die Korruption zu intensivieren und seinen Strategie- und Handlungsplan gegen die Korruption umzusetzen, die Zusammenarbeit zwischen den Strafverfolgungsbehörden zu verstärken und eine solide nachweisbare Erfolgsbilanz von Untersuchungen, Anklagen und Verurteilungen in Fällen der Korruption und des organisierten Verbrechens, besonders des organisierten Einwanderungsverbrechens, des Gebrauchs gefälschter Dokumente, der Geldwäsche, des Drogenanbaus und des Menschen-

handels aufzubauen. Der Rat unterstreicht ebenfalls die Bedeutung für Albanien, die Unabhängigkeit, Transparenz und Verantwortlichkeit der Justiz zu stärken, einschließlich der Schaffung einer größeren Rechtssicherheit für wirtschaftlich Tätige und der Steigerung des Vertrauens von Investoren.

3. Der Rat erwartet ebenfalls von Albanien, seine Unterstützung für die rechtzeitige Reduzierung des Migrationsdruckes auf die EU zu intensivieren und dabei auch Maßnahmen zu ergreifen, um die Umsetzung aller Bedingungen der Roadmap für Visafragen zu sichern, und weitere Schritte zu unternehmen, um das Thema unbegründeter Asylanträge seitens albanischer Staatsangehöriger anzugehen.

4. Der Rat begrüßt die Roadmap über die Schlüsselprioritäten, die Albanien angenommen hat, um den weiteren Reformprozess zu strukturieren und eine Erfolgsbilanz bei der Umsetzung zu schaffen. Basierend auf dieser Roadmap ersucht er die Kommission, ihre Unterstützung, Überwachung und Auswertung von Albanien's Reformprozess zu intensivieren und dabei den Kontext des Dialogs auf hoher Ebene über die Schlüsselprioritäten und durch enge Zusammenarbeit mit den Mitgliedsstaaten einzubeziehen. Dies sollte sich darauf konzentrieren, konkrete Ergebnisse zu allen oben genannten Themen zu sichern, basierend auf glaubwürdige und messbare Ziele und Zeitrahmen, mit verlässlichen Daten und Statistiken. In dieser Hinsicht ersucht der Rat die Kommission, in zusammenfassender und detaillierter Form über Albanien's Fortschritte hinsichtlich der Schlüsselprioritäten zu berichten, zusätzlich zum Erweiterungspaket und auf der Grundlage des Dialogs auf hoher Ebene.

5. Der Rat begrüßt Albanien's fortgesetztes konstruktives Engagement

in der regionalen Zusammenarbeit und in gutnachbarlichen Beziehungen sowie seine Ausrichtung an der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU.

6. Der Rat wiederholt, dass fortgesetzter und nachhaltiger Dialog zwischen der Regierung und der Opposition über Reformen, die EU-relevant sind, ein wichtiger Faktor für Albanien bleiben wird, um auf seinem Weg der Integration in die EU voranzukommen.

Redaktionelle Bemerkung: Diese von der Redaktion der AH gefertigte Übersetzung ist kein offizielles Dokument der EU. Das englische Originaldokument ist hier nachlesbar: http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/genaff/143354.pdf. Bis zum Redaktionsschluss war keine deutsche Version abrufbar.

Albanien's ESC-Pleitenserie setzt sich auch 2014 fort

Noch 2012 belegte Rona Nishliu beim Eurovision Song Contest in Baku einen hervorragenden fünften Platz im Finale. 2013 kehrte Albanien auf den Boden der Tatsachen zurück, als das Duo Adrian Lulgjuraj und Bledar Sejko im Halbfinale in Malmö nur Platz 15 belegte und ausschied.

Die bisherigen Ergebnisse waren:

2004 Anjeza Shahini: Platz 7

2005 Ledina Çelo: Platz 16

2006 Luiz Ejlli: keine Finalteilnahme (im Halbfinale Platz 14)

2007 Frederik Ndoci: keine Finalteilnahme (im Halbfinale Platz 17)

2008 Olta Boka: Platz 17

2009 Kejsi Tola: Platz 17

2010 Juliana Pasha: Platz 16

2011 Aurela Gaçe: Platz keine Finalteilnahme (im Halbfinale Platz 14)

2012 Rona Nishliu: Platz 5

2013 Adrian Lulgjuraj und Bledar Sejko: keine Finalteilnahme (im Halbfinale Platz 15)

Die Nominierung für den diesjährigen ESC in Kopenhagen beim Fernseh-Musikfestival „Festivali i Këngës“ im Dezember 2013 gewann Hersi (eigentlich Herciana) Matmuja mit „Zemërimi i një nate“ (Der Ärger einer Nacht), das sie in Kopenhagen in der englischen Fassung „One Night's Anger“ vortrug. Sie musste am 6.5.2014 ins erste Halbfinale (bei dem aus Deutschland wieder nicht gevotet werden konnte) und schaffte mit nur noch 22 Punkten wiederum nur den 15. Platz; für eine Finalqualifikation wäre einer der ersten zehn Plätze erforderlich gewesen.

Sie erhielt folgende Punktzahlen: 12 aus Montenegro, 5 aus San Marino, je 2 aus Belgien und aus Dänemark und 1 aus den Niederlanden. Die Migrantenländer Schweiz und Griechenland, die sonst immer viele Punkte an Albanien vergeben, voteten im zweiten Semifinale; Makedonien nahm nicht teil. Von 19 abstimmenden Ländern vergaben also 14 keine Punkte an Hersi Matmuja.

Die albanischen Juroren (nicht die Zuschauer) vergaben folgende Punkte: 12 an Montenegro, 10 an Ungarn, 8 an San Marino, 7 an Aserbaidschan, 6 an Estland, 5 an Armenien, 4 an Moldawien, 3 an die Ukraine, 2 an die Niederlande und 1 an Portugal.

Im Finale am 10.5.2014 stimmten die albanischen Juroren so ab: 12 an Spanien, 10 an Italien, 8 an Ungarn, 7 an Schweden, 6 an Montenegro, 5 an Österreich (das den Wettbewerb gewann), 4 an Deutschland, 3 an San Marino, 2 an Griechenland und 1 an Malta.

Albanien hatte diesmal besonderes Pech, weil aufgrund der Auslosung für die beiden Semifinales außer Montenegro keines der Länder, die normalerweise Punkte nach Albanien vergeben, im „falschen“ Halbfinale voteten. Sonst wäre ein Einzug ins Finale vielleicht erreichbar gewesen, ein größerer Erfolg aber wohl kaum.

(Quelle: www.eurovision.tv, http://de.wikipedia.org/wiki/Eurovision_Song_Contest_2014#Finale)

Michael Schmidt-Neke

Unklare Regierungsbildung nach Parlamentswahl im Kosovo



Bisherige Oppositionsparteien bilden gemeinsame Parlamentsfraktion

Mit Beginn des Jahres 2014 nahmen die politischen Auseinandersetzungen zwischen den großen Parteien im Kosovo (nicht zuletzt auch vor dem Hintergrund zunehmend unklarer Mehrheitsverhältnisse im kosovarischen Parlament) über einen geeigneten Termin für die Abhaltung von vorgezogenen Parlamentswahlen an Intensität zu. Die „Demokratische Partei Kosovos“ (PDK) von Regierungschef Hashim Thaçi vertrat dabei zuletzt die Position, dass vor Festlegung eines entsprechenden Termins und einer Selbstauflösung des kosovarischen Parlaments die bisherige kosovarische Volksvertretung zunächst noch der Verlängerung der EU-Rechtsstaatsmission EULEX, der Einrichtung eines internationalen Sondergerichtshofs für Verfahren im Zusammenhang mit dem „Marty-Bericht“ (angeblicher Organhandel durch führende Angehörige der UÇK) sowie der seitens der kosovarischen Regierung in ihrer Sitzung vom 04.03.2014 beschlossenen Umwandlung der bisherigen „Sicherheitskräfte des Kosovo“ (FSK)

in eine reguläre nationale Armee des Landes innerhalb eines mehrjährigen Zeitraumes zustimmen sollte. Als weitere Voraussetzung für die Durchführung von Neuwahlen galt schließlich eine maßgeblich auch von internationaler Seite angemahnte Wahlgesetzreform, über die zwischen den beteiligten Seiten bereits seit mehr als einem Jahr diskutiert und gerungen worden war.

Während die Wahlgesetzreform durch das kosovarische Parlament am 03.04.2014 in Form eines (von allen politischen Parteien als inhaltlich unbefriedigend bezeichneten) Minimalkonsenses bei Abwesenheit der Abgeordneten der „Demokratischen Liga Kosovos“ (LDK) mit 44 Ja-Stimmen, zwei Nein-Stimmen und 18 Enthaltungen beschlossen werden konnte, scheiterte ein Parlamentsbeschluss zur Umwandlung der FSK in eine reguläre kosovarische Armee u. a. an der sich frühzeitig abzeichnenden Ablehnung durch maßgebliche Parteien der nationalen Minderheiten, die ihre

Zustimmung von einer Verlängerung der nach zwei Legislaturperioden auslaufenden gesetzlichen Bestimmungen über zusätzliche reservierte Parlamentssitze abhängig gemacht hatten, und wurde daher zuletzt am 05.05.2014 auf Antrag der PDK von der Tagesordnung der an diesem Tag stattfindenden Parlamentssitzung zurückgezogen.

Zuvor hatte die kosovarische Volksvertretung am 23.04.2014 mit 89 Ja-Stimmen, 22 Nein-Stimmen (u. a. Vetëvendosje! und einzelne Abweichler aus der PDK) sowie zwei Enthaltungen sowohl einer Verlängerung der EULEX-Mission als auch der im Kosovo innenpolitisch umstrittenen Einrichtung eines internationalen Sondergerichtshofs für Verfahren im Kontext des „Marty-Berichts“ zugestimmt, womit die Voraussetzungen für eine Selbstauflösung des kosovarischen Parlaments nunmehr gegeben waren. Folglich stimmten die Parlamentsabgeordneten am 07.05.2014 mit überwältigender Mehrheit (90 Ja-Stimmen, vier Gegenstimmen, drei Enthaltungen) für eine Selbstauflösung, wobei die außerordentliche Parlamentssitzung, und damit das Ende der IV. Legislaturperiode, einen Tag zuvor durch ein gemeinsames Schreiben von 55 Abgeordneten beantragt worden war.

Nach Konsultationen mit den Vorsitzenden der wichtigsten politischen Parteien sowie der „Zentralen Wahlkommission“ (KQZ) bestimmte die kosovarische Präsidentin Atifete Jahjaga schließlich den 08.06.2014 als Termin für die Abhaltung der vorgezogenen Parlamentswahl. Aufgrund des engen Zeitrahmens bis zum Termin der Parlamentswahlen stand den politischen Subjekten für eine Registrierung bei der KQZ als eine an dem Urnengang teilnehmende Partei oder Wählerinitiative lediglich gut eine Woche (08.-16.05.2014) zur Verfügung. Am 23.05.2014 stellte die KQZ schließlich ein Muster des offiziellen Stimmzettels für die Parlamentswahlen auf ihrer Website online und informierte gleichzeitig offiziell darüber, dass an den Wahlen 30 politische Subjekte (neun albanische und 21 Listen der nationalen Minderheiten) teilnehmen würden, wobei, zwecks Vermeidung der Be-

vorzugung einer bestimmten Partei und analog zur Praxis bei früheren Urnengängen, die Nummerierung der Listenplätze auf dem Stimmzettel nicht mit der Nummer Eins sondern mit der Zahl 31 begann.

Folgende Subjekte (darunter 18 Parteien, sieben Wählerinitiativen, vier offizielle Vorwahlkoalitionen sowie ein Einzelkandidat) wurden von der KQZ für die Parlamentswahl zugelassen und nahmen dementsprechend an dem Urnengang teil (Auflistung mit Listen-Nummer):

- 31 Ägyptische Liberale Partei (PLE)
- 32 Demokratische Partei der Aschkali des Kosovo (PDAK)
- 33 Progressive Demokratische Partei (PDS)
- 34 Vereinigte Roma-Partei des Kosovo (PREBK)
- 35 Bewegung Vetëvendosje! (VV)
- 36 Koalition Vakati (VAKAT)
- 37 Starke Partei (PF)
- 38 Serbische Liste (SL)
- 39 Bewegung der Demokratischen Prosperität (PDP)
- 40 Allianz Neues Kosovo (AKR)
- 41 Sozialdemokratie (SD)
- 42 Neue kosovarische Partei der Roma (KNRP)
- 43 Vereinigte bosniakische Liste (BJL)
- 44 Allianz für die Zukunft des Kosovo (AAK)
- 45 Hasan Gashi (Einzelkandidat)
- 46 Neue Demokratische Partei (NDS)
- 47 Neue demokratische Initiative des Kosovo (IRDK)
- 48 Koalition für Gora (KG)
- 49 Partei der Aschkali für Integration (PAI)
- 50 Partei der demokratischen Aktion (SDA)
- 51 Zentrale demokratische Union (CDU)
- 52 Türkische Partei für Gerechtigkeit des Kosovo (KTAP)
- 53 Bosniakische Partei der demokratischen Aktion des Kosovo (BSDAK)
- 54 Demokratische Liga Kosovos (LDK)
- 55 Bewegung für Gora (PG)
- 56 Unabhängige Liberale Partei (SLS)
- 57 Demokratische Türkische Partei des Kosovo (KDTP)
- 58 Demokratische Partei des Kosovo

(PDK), Gerechtigkeitspartei (PD), Bewegung für Vereinigung (LB), Albanische Christdemokratische Partei des Kosovo (PSHDK), Konservative Partei des Kosovo (PK)

59 Initiative für Kosovo (NISMA)

60 Bewegung der Gruppierung Albanische Tradition (LGTSH)

Auf der Liste der Vorwahlkoalition unter der Führung der PDK kandidierte, neben Vertretern der moderat islamischen PD, der gesamtalbanisch ausgerichteten LB, der christdemokratischen PSHDK sowie der politisch eher unbedeutenden PK schließlich als Einzelkandidatin auch die bisherige Vizeregierungschefin Edita Tahiri deren Partei ADK („Demokratische Alternative des Kosovo“) sich formal jedoch nicht an dem erwähnten Parteienbündnis beteiligte. Eine (auf dem Stimmzettel namentlich nicht erkennbare) inoffizielle Vorwahlkoalition hatte die LDK von Isa Mustafa mit der „Christdemokratischen Partei für Integration“ (PDI), der „Albanischen Nationaldemokratischen Partei“ (PNDSH) sowie der „Ökologischen Partei“ (PE) geschlossen während die „Neue christdemokratische Bewegung“ (LRD) als dritte christdemokratische Gruppierung bzw. Abspaltung am 29.05.2014 in einer Erklärung zum Wahlboykott aufgerufen hatte.

Mit der Erststimme konnte eine der 30 Parteien oder Gruppierungen auf dem Wahlzettel markiert werden. Darüber hinaus konnte jeder Wähler zusätzlich bis zu fünf Zweitstimmen für die Wahl von bestimmten Kandidaten aus den Parteilisten vergeben. Während die Namen der Parteien und Initiativen auf der linken Hälfte des Stimmzettels fortlaufend abgedruckt waren, existieren auf der rechten Seite des Stimmzettels lediglich 110 nummerierte kleinere Kästchen, die für die einzelnen aufgestellten Kandidaten der Parteien standen und selbst jedoch keine Namen enthielten. Durch Aushänge und Broschüren mit den Listen und Namen aller Kandidaten in allen Wahlkabinen wurden die Wähler über die Namen der Kandidaten und deren Position auf den Parteilisten informiert. Der Verzicht auf die Ver-

gabe der Zweitstimme (bei Nutzung der Erststimme) führte dazu, dass in diesem Fall die Kandidatenliste der jeweiligen Partei ohne Änderung bestätigt wurde und die Kandidaten auf den ersten fünf Listenplätzen automatisch als gewählt galten.

Ein letzter Listenplatz galt dabei, rein wahltaktisch gesehen, beispielsweise mitunter günstiger als ein Listenplatz Nr. 47 oder Nr. 63, da in diesem Fall der entsprechende Name, analog zum ersten Platz, leichter von den Wählern gefunden werden konnte, was vermutlich als Überlegung auch AKR-Partei-
chef Behgjet Pacolli dazu verleitet haben dürfte, nach innerparteilichen Querelen um die Vergabe der AKR-Spitzenplätze demonstrativ auf die AKR-Spitzenkandidatur (Platz 1) zu verzichten und mit dem letzten Listenplatz 110 der ARK-Kandidatenliste (Liste 40) vorlieb zu nehmen.

Thematisch wurde der kosovarische Wahlkampf fast ausschließlich von Wirtschaftsthemen dominiert, was bislang bei keinem anderen Urnengang im Kosovo der Fall war und nicht zuletzt der angespannten wirtschaftlichen und sozialen Situation des Landes und breiter Bevölkerungskreise geschuldet war. Dabei war es vor allem die Bewegung Vetëvendosje!, die die Wirtschaftspolitik als zentrales Wahlkampfthema der Parlamentswahlen eingeführt und bereits im Frühjahr 2014 ihre Thesen zur Wirtschaftspolitik und einen entsprechenden Maßnahmenkatalog vorgestellt hatte, so dass sich die anderen großen kosovarisch-albanischen Parteien genötigt sahen, wirtschaftspolitische Fragestellungen nun ihrerseits ebenfalls in den Mittelpunkt des eigenen Wahlkampfes zu stellen.

Im Mittelpunkt der wirtschaftspolitischen Wahlversprechen der PDK mit dem Wahlslogan „Neue Mission“ („Misioni i Ri“) standen die Schaffung von 200.000 neuen Arbeitsplätzen sowie die Auflegung eines „Neuen Arbeitsfonds“ für wirtschaftliche Investitionen innerhalb der nächsten Jahre in Höhe von 1,5 Milliarden EURO, der vorwiegend aus Privatisierungserlösen finanziert werden sollte. Im Zentrum des Wirtschaftsprogramms der Bewegung

Vetëvendosje! stand dagegen u. a. eine grundsätzliche Neugestaltung des kosovarischen Steuersystems, das Geringverdiener deutlich entlasten sowie die Produktion von Gütern des täglichen Bedarfs von der Mehrwertsteuer befreien und dagegen Luxusgüter stärker besteuern will. Darüber hinaus soll die einheimische Wirtschaft durch Steuererleichterungen angekurbelt werden, wobei auch hier die Produktion und Herstellung von Alltagsgütern und Agrarprodukten besonders steuerlich gefördert werden sollen. Darüber hinaus enthielt das Wahlprogramm von Vetëvendosje! die Forderung nach Gründung einer dem Gemeinwohl verpflichteten „Öffentlichen Bank“, welche die Postämter der kosovarischen PTK als Filialnetz nutzen soll.

Im Blick auf die Kandidatenlisten fiel bei allen Parteien die hohe Anzahl von neuen Kandidaten auf, die bei den letzten kosovarischen Parlamentswahlen vom 12.12. 2010 noch nicht antraten. So traten bei der AKR 98 von 110 Kandidaten erstmals für die Partei von Behgjet Pacolli bei den Parlamentswahlen vom 08.06.2014 an. Bei der PDK waren es 62 von 110 Kandidaten, während die AAK von Ramush Haradinaj mit 83 neuen Kandidaten ins Rennen ging. Die LDK zählte schließlich 77 neue Kandidaten auf ihrer Liste.

Im Gegensatz zu den Parlamentswahlen vom Dezember 2010 verständigte sich auf Seiten der albanischen Subjekte mit der PDK lediglich eine der größeren Parteien auf die Bildung einer offiziellen Vorwahlkoalition, die als Versuch zu verstehen ist, die Stimmabgänge durch die am 28.02.2014 erfolgte Gründung der Partei NISMA in Form einer Abspaltung von der PDK durch den bisherigen Parlamentspräsidenten Jakup Krasniqi sowie den früheren UÇK-Kommandanten und ehemaligen Minister für Verkehr, Post und Telekommunikation, Fatmir Limaj, zu kompensieren.

Der für eine staatliche Vereinigung von Albanien und Kosovo eintretenden LB von Avni Klinaku wurde seitens der PDK, wie übrigens auch der islamisch orientierten PD von Ferid Agani (8. Listenplatz), fünf Listenplätze zugestanden und

zwar die Listenplätze 7 (Avni Klinaku), 12 (Aurora Bakalli), 20 (Fadil Fazliu), 58 (Raif Çelaj) und 65 (Agim Kuleta), während es sich bei den PD-Kandidaten auf der gemeinsamen Vorwahlkoalitionsliste vorwiegend eher um Vertreter des streng religiösen Flügels der PD handelte, wie etwa Avdullah Klinaku (28. Listenplatz), oder die landesweit bekannte Kopftuchträgerin Labinotë Demi-Murtezi (18. Listenplatz) bzw. Gezim Kelmendi (74. Listenplatz).

Die PDK-Kandidatenliste enthielt ansonsten nur wenige Überraschungen. Auffällig war die eher schlechte Platzierung des faktischen Verteidigungsministers Agim Çeku auf Listenplatz 50. Die Herausgeberin der kosovarischen Tageszeitung „Kosova Sot“, Margarita Kadriu, die am 14.05.2014 ihren Eintritt in die PDK bekanntgegeben hatte, wurde hingegen mit dem 9. Listenplatz belohnt. Als Leiter des PDK-Wahlkampfstabs fungierte schließlich der kosovarische Vizeaußenminister Petrit Selimi, der von seiner Partei als Kandidat nicht erneut aufgestellt worden war.

Eine informelle Vorwahlkoalition vereinbarte, neben der LDK und der AAK (hier mit der LDD von Nexhat Daci), auch die Bewegung Vetëvendosje! und zwar mit zwei Gewerkschaften (Agrargewerkschaft, deren Vorsitzender Tahir Tahiri kandidierte auf dem 40. Listenplatz der VV sowie einer Arbeitslosengewerkschaft). Am 28.05.2014 rief darüber hinaus die kleine sozialdemokratische PSD, die an den Parlamentswahlen nicht teilnahm, in einer Verlautbarung zur Wahl der Bewegung Vetëvendosje! auf.

Für gewisse Irritationen unter den Sympathisanten von Vetëvendosje! sorgte die Kandidatur von Liburn Aliu auf dem achten VV-Listenplatz, da letzterer in seiner Funktion als Leiter des kommunalen Dezernats für Stadtentwicklung in Prishtina eine öffentliche Funktion ausübte, die gemäß dem internen Reglement der Bewegung eine Kandidatur bei den Parlamentswahlen eigentlich nicht zulässt. Auf einem der untersten Plätze (100.) kandidierte Ilir Deda, der als Direktor des politischen Forschungsinstituts KIPRED am

08.05.2014 der Bewegung Vetëvendosje! beigetreten war. Eine Woche (15.05.2014) später schloss sich schließlich auch der bisherige PDK-Abgeordnete Hydajet Hyseni der VV an, der zuvor in den vergangenen Monaten bei mehreren Abstimmungen im kosovarischen Parlament als einer von mehreren PDK-Abweichlern gegen verschiedene Regierungsvorlagen gestimmt hatte. In der Gegenrichtung trat hingegen der VV-Bürgermeisterkandidat (Kommunalwahl vom 03.11.2013) für die Gemeinde Junik, Rexhep Pepshi, am 02.06.2014 zur PDK über.

Mit prominenten Neuzugängen konnte die AKR im Vorfeld der Parlamentswahlen aufwarten. So schloss sich am 13.05.2014 der frühere AAK-Politiker und kosovarische Ministerpräsident Bajram Kosumi überraschend der Partei von Behgjet Pacolli an. Zuvor war bereits am 21.04.2014 der ehemalige UÇK-Kommandant und AAK-Präsidenschaftskandidat (Staatspräsident) des Jahres 2008, Naim Maloku, zur AKR übergetreten, wobei letzterer zuletzt in der Partei von Ramush Haradinaj weitgehend im politischen Abseits gestanden hatte. Mit weitaus größerer medialer Aufmerksamkeit war schließlich der am 08.05.2014 vollzogene Eintritt des kosovarischen Umweltministers, Dardan Gashi, in die AKR bedacht worden, der zudem nur zwei Tage später am 10.05.2014 bei der Neubildung des AKR-Parteivorstandes mit dem Amt eines stellvertretenden Parteivorsitzenden betraut wurde (als weitere Vizevorsitzende der AKR wurden Fadil Ismajli sowie Mimoza Kusari-Lila gewählt).

Dardan Gashi gehörte zusammen mit Ukë Rugova und Bujar Bukoshi zu den Initiatoren und Gründern der „Liste Ibrahim Rugova“, die im Vorfeld der Parlamentswahlen vom 12.12.2010 als LDK-Abspaltung entstanden war und welche sich der damaligen PDK-Vorwahlkoalition angeschlossen hatte. Auf der AKR-Kandidatenliste wurden die AKR-Neuzugänge auf den Listenplätzen 2 (Bajram Kosumi), 10 (Naim Maloku) und 109 (Dardan Gashi) positioniert. Wie auch Parteichef

Behgjet Pacolli hatte sich Dardan Gashi angesichts der parteiinternen Auseinandersetzungen um die personelle Besetzung der Spitzenpositionen zuletzt dafür entschieden, am Ende der AKR-Kandidatenliste zu kandidieren.

Zu einem Fauxpas kam es bei der zentralen LDK-Wahlkampfaufaktveranstaltung am 28.05.2014. Als Gastredner trat auf der LDK-Wahlveranstaltung der ehemalige slowakische Regierungschef und Außenminister Mikuláš Dzurinda in Erscheinung, der zu den schärfsten Kritikern und Gegnern der Unabhängigkeit Kosovos in der EU zählt. Die LDK entschuldigte den Auftritt des konservativen slowakischen Politikers damit, dass dieser von der Zentrale der EVP (Zusammenschluss europäischer konservativer und christdemokratischer Parteien) entsandt worden sei, deren Vorsitzender Joseph Daul zuvor der LDK die Unterstützung der EVP im Wahlkampf zugesagt hatte, was bei der PDK, die sich inzwischen analog zur LDK ebenfalls um eine Aufnahme und Mitgliedschaft in die EVP bemüht, gewisse Verstimmung auslöste.

Für Aufmerksamkeit in der kosovarischen Öffentlichkeit sorgte schließlich auch der Eintritt des kosovarischen Unternehmers Ramiz Kelmendi in die PDK, der am 10.05.2014 erfolgte. Drei Tage zuvor hatte der Politiker und Unternehmer am 07.05.2014 seinen Austritt aus der AAK aus „persönlichen Gründen“ bekanntgegeben, für die letzterer in der abgelaufenen Legislaturperiode im kosovarischen Parlament saß. Mit dem Eigentümer der „Elkos-Gruppe“, die u. a. die Supermarktkette ETC mit derzeit 15 Filialen im Kosovo betreibt, in denen wiederum vorwiegend serbische Produkte verkauft werden, dürfte die AAK durch den Austritt von Ramiz Kelmendi einen ihrer wichtigsten Sponsoren verloren haben.

Während die Parlamentswahl am 08.06.2014 im Kosovo weitgehend ohne größere Zwischenfälle verlief (die KQZ vermeldete für 15.00 Uhr eine Wahlbeteiligung von 25,34 Prozent) zog sich die Stimmauszählung durch die KQZ bis zum 26.06.2014

hin. So begann am 13.06.2014 die Neuauszählung der Stimmzettel von 14 Wahllokalen, in den es zu Unregelmäßigkeiten gekommen sein sollte. Vier Tage später startete schließlich die Auszählung jener Stimmen, die durch besondere Verfahren, wie z. B. durch gesonderte Stimmzettel für Blinde, abgegeben worden waren, die für statistische Zwecke gesondert erfasst werden sollten sowie von knapp 10.600 per Post (Briefwahl) von außerhalb des Kosovo eingegangenen Stimmzettel.

Listen-Nr.	Partei	Stimmen	Prozent	Sitze
58	PDK/PD/LB/PSHDK/PK	222.181	30,38	37
54	LDK	184.596	25,24	30
35	Vetëvendosje!	99.397	13,59	16
44	AAK	69.793	9,54	11
38	Serbische Liste	38.199	5,22	9
59	NISMA	37.681	5,15	6
57	KDTP	7.424	1,02	2
36	Koalition Vakrat	6.476	0,89	2
33	PDS	5.973	0,82	1
32	PDAK	3.335	0,46	1
46	NDS	2.837	0,39	1
31	PLE	1.960	0,27	1
49	PAI	1.583	0,22	1
48	KZG	1.193	0,16	1
42	KNRP	645	0,09	1

Mit lediglich 4,67 Prozent (34.170 Stimmen) verpasste die AKR von Behgjet Pacolli (bei einer Wahlbeteiligung von 42,63 Prozent) den Einzug in das kosovarische Parlament, was auch für alle anderen kleineren albanischen Parteien und Initiativen galt, wie etwa für die im November 2012 gegründete parodistische Satire-Partei „Partia e Fortë“ („Starke Partei“), die erstmals bei einer Parlamentswahl antrat und insgesamt 1.142 Stimmen (0,16 Prozent) errang. Mit 5,22 Prozent (38.199 Stimmen) gewann die von Belgrad offiziell unterstützte „Serbische Liste“, ein Zusammenschluss mehrerer serbischer Parteien, mit ihrem Spitzenkandidat Aleksandar Jablanović neun der zehn für die serbische Minderheit reservierten Parlamentssitze. Zusätzliche Mandate konnte die „Serbische Liste“

Das Interesse der kosovarisch-albanischen Diaspora an der Briefwahl fiel dabei ausgesprochen gering aus. So erhielten die albanischen Parteien insgesamt lediglich 1.711 Stimmen von Briefwählern aus dem Ausland während die von der serbischen Regierung in Belgrad offiziell unterstützte „Serbische Liste“ 7.766 Stimmen (vorwiegend von Wählern aus Serbien) auf sich vereinigen konnte. Am 26.06.2014 gab die KQZ schließlich das offizielle Endergebnis bekannt:

jedoch entgegen den Erwartungen ihrer Führung nicht gewinnen.

Ein Sitz ging schließlich an die durch Arbeits- und Sozialminister Nenad Rašić am 17.03.2014 gegründete (serbische) PDS, bei der es sich faktisch um eine Abspaltung von der SLS („Unabhängige Liberale Partei“) von Vizeregierungschef Slobodan Petrović handelt, die auf eine eigene Kandidatur verzichtet und die sich stattdessen an der „Serbischen Liste“ beteiligt hatte (bei der auf dem 56. Listenplatz kandidierenden gleichnamigen SLS handelt es dagegen um eine kleine Gruppierung, die besagte Parteibezeichnung für ihre eigene Kandidatur nutzte und lediglich 379 Stimmen bzw. 0,05 Prozent erzielte). Von den weiteren zehn für die nichtserbischen nationalen Minderheiten reservierten Sitze gewannen die (bosniakische) „Koalition Vakrat“

Mit dem Slogan „Neue Mission“ warb der PDK-Vorsitzende und bisherige kosovarische Regierungschef Hashim Thaçi um die Gunst der Wähler und für eine Neuauflage seiner Regierungskoalition



mit 0,89 Prozent (6.476 Stimmen) sowie die (türkische) KDTP mit 1,02 Prozent (7.424) jeweils zwei Sitze während die restlichen sechs Sitze den Minderheitenparteien der Balkanägypter (PLE), Aschkali (PDAK und PAI), Roma (KNRK), Goranen (KG) sowie einer weiteren bosniakischen Liste (NDS) zufielen.

Das beste Einzelergebnis (Zweistimmen) erhielt PDK-Partei- und Regierungschef Hashim Thaçi mit 166.458 gefolgt von dem Vorsitzenden der LDK, Isa Mustafa, mit 121.052 Stimmen. Den dritten Platz erreichte der VV-Vorsitzende mit 63.598 Stimmen. Unter den sieben erfolgreichsten Kandidaten waren mit den beiden LDK-Politikerinnen Vjosa Osmani (39.925) sowie die Tochter von Ibrahim Rugova, Teuta Rugova (37.157), zwei Frauen. Letztere hatte sich erst am 11.05.2014 der LDK angeschlossen. Bei der PDK (Vorwahlkoalition) schnitten die islamische PD-Politikerin Labinotë Demi-Murtezi mit 14.232 Stimmen sowie ihre PDK-Kollegin Sala Berisha-Shala (14.180) von den weiblichen Kandidatinnen am besten ab.

Den Einzug in die kosovarische Volksvertretung verpassten bei der LDK hingegen beispielsweise der ehemalige kosovarische Außenminister Skender Hyseni, der lediglich 5.856 Zweitstimmen erreichte, sowie der frühere Bürgermeister von Prizren, Eqrem Kryeziu, der 4.182 Stimmen errang und daraufhin am

27.06.2014 als Vorsitzender des LDK-Bezirksverbands Prizren zurücktrat.

Bei den albanischen Parteien erreichten folgende Kandidaten jeweils die sechs besten Einzelergebnisse: (siehe Tabelle S. 13 oben)

Nachdem die Parteivorsitzenden der LDK, AAK, NISMA und der Bewegung VV bereits während des Wahlkampfes für den Fall eines (erneuten) Wahlsieges der Partei von Hashim Thaçi eine Zusammenarbeit mit der PDK mehr oder weniger deutlich ausgeschlossen hatten, verständigten sich die Vorsitzenden der LDK, Isa Mustafa, der AAK, Ramush Haradinaj, sowie der NISMA, Fatmir Limaj, bereits zwei Tage nach dem Urnengang am 10.06.2014 auf die Bildung einer gemeinsamen Koalition. Gemäß der getroffenen Vereinbarungen soll Ramush Haradinaj das Amt des Premierministers übernehmen während der im vergangenen Jahr abgewählte Bürgermeister von Prishtina (Kommunalwahl vom 03.11.2013) und LDK-Parteichef Isa Mustafa zunächst zum Parlamentspräsidenten gewählt werden und nach Ablauf der Amtszeit von Staatspräsidentin Atifete Jahjaga im Jahr 2015 neues Staatsoberhaupt werden soll. Für NISMA-Parteichef sieht die Abmachung den Posten eines Vize-regierungschefs vor.

Am 13.06.2014 wurde schließlich bekannt, dass sich die drei

Parteien auch auf die Bildung einer gemeinsamen Parlamentsfraktion in der neuen kosovarischen Volksvertretung verständigt hätten. Die in den kosovarischen Medien als LAN (nach den Anfangsbuchstaben der drei beteiligten Parteien) bezeichnete Fraktion stellt mit 47 Sitzen somit die größte Parlamentsgruppe in der neuen kosovarischen Volksvertretung. Dennoch reklamierte die PDK als stärkste Partei mit Verweis auf Artikel 95 („Wahl der Regierung“), Absatz 1, sowie Artikel 84 („Kompetenzen des Präsidenten“), Absatz 14, der kosovarischen Verfassung den Auftrag zur Regierungsbildung für sich, da die entsprechenden rechtlichen Bestimmungen besagten, dass der Auftrag zur Regierungsbildung an die politische Partei oder Koalition ergeht, „die die Mehrheit der notwendigen Stimmen für die Bildung der Regierung gewonnen hat“ und die LAN-Koalition bzw. -Fraktionsgemeinschaft, so die Auffassung der PDK, zeitlich erst nach der Parlamentswahl gebildet worden sei und daher nicht unter die Verfassungsbestimmungen falle.

Vor dem Hintergrund der politischen Auseinandersetzungen zwischen den politischen Parteien über die Interpretation der erwähnten Verfassungsbestimmungen rief die kosovarische Präsidentin Atifete Jahjaga am 19.06.2014 das kosovarische Verfassungsgericht an, das am 30.06.2014 sinngemäß entschied, dass mit politischer Partei oder Koalition gemäß Artikel 95 (1) und 84 (14) nur jene politische Subjekte gemeint seien, die vor dem Wahlgang auch als solche registriert worden seien und dass Präsidentin Atifete Jahjaga daher zunächst den amtierenden Regierungschef und PDK-Parteivorsitzenden Hashim Thaçi mit der Regierungsbildung beauftragen müsse und erst danach (im Fall eines Scheiterns nach einer Frist von 15 Tagen) den von der LAN nominierten Kandidaten Ramush Haradinaj.

Eine Beteiligung der Bewegung Vetëvendosje!, deren Vorsitzender Albin Kurti wiederholt an den Gesprächen der LAN-Parteivorsitzenden teilgenommen und der seinerseits bereits frühzeitig ein gemeinsames Oppositionsbündnis ins Spiel gebracht hatte,

PDK-Listen-Platz	Name	Stimmen
1	Hashim Thaci	166.458
2	Kadri Veseli	54.883
5	Enver Hoxhaj	22.179
16	Elmi Reçica	18.015
4	Hajredin Kuçi	17.987
35	Memli Krasniqi	16.094
LDK-Listen-Platz	Name	Stimmen
1	Isa Mustafa	121.052
3	Vjosa Osmani	39.925
12	Teuta Rugova	37.157
22	Anton Quni	24.315
4	Ismet Beqiri	17.576
55	Nuredin Ibishi	15.796
VV-Listen-Platz	Name	Stimmen
1	Albin Kurti	63.598
2	Visar Ymeri	29.650
7	Glauk Konjufca	16.465
100	Ilir Deda	15.753
6	Puhie Demaku	15.270
13	Dardan Sejdiu	14.727
AAK-Listen-Platz	Name	Stimmen
1	Ramush Haradinaj	50.391
50	Daut Haradinaj	11.590
14	Pal Lekaj	8.481
6	Donika Kadaj Bujupi	6.150
44	Bali Muharremaj	6.135
2	Blerim Shala	5.833
NISMA-Listen-Platz	Name	Stimmen
1	Fatmir Limaj	26.770
2	Jakup Krasniqi	18.600
17	Haxhi Shala	7.285
18	Shukrije Bytyqi	6.024
5	Zafir Berisha	4.609
3	Valdete Bajrami	3.754

an dem gemeinsamen Koalitionsbündnis der LDK, AAK und NISMA, welches im Parlament eine Mehrheit von 63 Mandate hätte, kam bis Mitte August 2014 nicht zustande. Letztere scheiterte bislang an einer Einigung über den von Vetëvendosje! schließlich am 12.07.2014 veröffentlichten „Forderungskatalog“, der in drei Abschnitten (Überprüfung des Dialogs mit Serbien und Fortführung durch VV, Aussetzung und parlamentarische Überprüfung der Privatisierung

der Unternehmen KEK, Trepça und PTK sowie Kampf gegen Korruption), mit insgesamt elf Unterpunkten zentrale politische Forderungen der Bewegung enthält und dessen Inhalt die drei Parteien des LAN-Bündnisses, als Bedingung für eine Regierungsbeteiligung von Vetëvendosje!, bis zum 13.07.2014 in schriftlicher Form hätten akzeptieren sollen. Zuvor hatten sich bereits mehrere Arbeitsgruppen mit Vertretern bzw. Experten der vier beteiligten Partei-

en darum bemüht, für die beiden großen Konfliktthemen „Dialog mit Serbien“ sowie „Privatisierung“ gemeinsame Lösungsvorschläge zu erarbeiten.

Am 15.07.2014 berichteten kosovarische Medien über neue Bedingungen seitens VV für einen Regierungseintritt in eine von Ramush Haradinaj geführten LAN-Regierung (eine Beteiligung an der gemeinsamen LAN-Parlamentsfraktion strebt VV dagegen nicht an) in Form eines Anhangs zu dem ursprünglichen „Forderungskatalog“, der sich jedoch lediglich als Konkretisierung der bestehenden Forderungen entpuppte. So fordert Vetëvendosje!, das „Normalisierungsabkommen“ zwischen Kosovo und Serbien vom 19.04.2013 zwecks Überprüfung einer Vereinbarkeit der Bestimmungen des Abkommens mit der kosovarischen Verfassung an die für Verfassungsfragen zuständige internationale „Venedig-Kommission“ des Europarates zu übersenden. Des Weiteren reklamiert Vetëvendosje! in einer gemeinsamen Regierung mit dem LAN-Bündnis das Außenministerium für die Bewegung.

Für das Stocken bzw. das bisherige Scheitern der Verhandlungen zwischen Vetëvendosje! und dem LAN-Bündnis machten Politiker der Bewegung u. a. internationale Vertreter verantwortlich, wie etwa Victoria Jane Nuland, die in ihrer Funktion als „Assistant Secretary of State“ des US-Außenministeriums mit der Zuständigkeit für Europa und Eurasien bei ihren Gesprächen in Prishtina am 13.07.2014 auf eine Regierungsbildung ohne Beteiligung von Vetëvendosje! gedrängt haben soll, da anderenfalls die bereits erreichten Erfolge im Dialog mit Serbien gefährdet und eine Fortsetzung der Gespräche zwischen Prishtina und Belgrad eher unwahrscheinlich seien.

Am 07.07.2014 setzte schließlich die kosovarische Präsidentin die konstituierende Sitzung des neuen Parlamentes für den 17.07.2014 an. Auf der daraufhin am 12.07.2014 abgehaltenen (letzten) Versammlung des bisherigen Präsidiums der kosovarischen Volksvertretung, die der Vorbereitung der konstituierenden Parlamentssitzung diene und an



der auch die Parteivorsitzenden der großen kosovoalbanischen Parteien teilnahmen (der PDK-Vorsitzende Hashim Thaçi verließ die Sitzung unter Protest allerdings nach nur zehn Minuten), wurden die Parlamentsfraktionen, und damit auch jene der LAN, so zugelassen, wie von den jeweiligen Parteien zuvor beantragt.

Die zunächst von der Alterspräsidentin Flora Brovina (PDK) am 17.07.2014 geleitete konstituierende Parlamentssitzung war schließlich von Auseinandersetzungen über die Geschäftsordnung, Sitzungsunterbrechungen, Fragen der Beschlussfähigkeit sowie dem Auszug der PDK-Abgeordneten aus dem Plenarsaal geprägt. Bei Abwesenheit der PDK-Parlamentarier und unter Sitzungsleitung von Teuta Rugova (LDK) wurde schließlich mit 65 Ja-Stimmen (LDK, AAK, NISMA, „Serbische Liste“ sowie Abgeordnete der nichtserbischen Minderheitenparteien) bei 18 Enthaltungen (VV, PDS und NDS) Isa Mustafa zum neuen Parlamentspräsidenten gewählt. Gegen die Wahl des LDK-Parteivorsitzenden zum Parlamentspräsidenten legte die PDK daraufhin beim kosovarischen Verfassungsgericht Beschwerde ein, da sich die Partei von Hashim Thaçi mit Verweis auf die Geschäftsordnung des kosovarischen Parlaments in ihren Rechten als stärkste Partei bei der Wahl des Parlamentsvorsitzenden verletzt sah.

Am 23.07.2014 suspendierte das kosovarische Verfassungsgericht schließlich die Wahl von Isa Mustafa zum Parlamentspräsidenten. Am selben Tag vereinbarte das LAN-Bündnis mit der Bewegung Vetëvendosje! eine gemeinsame schriftliche Darlegung der eigenen Rechtsauffassung vor Gericht, der sich am 25.07.2014 auch die „Serbische Liste“ anschloss, da nach Auffassung der von Belgrad unterstützten neun Abgeordneten Neuwahlen als mögliche Alternative nicht im Interesse der serbischen Bevölkerung im Kosovo lägen. Eine Urteilsverkündung des Verfassungsgerichts wird für den 21.09.2014 erwartet.

Innerhalb der LDK, dessen Generalrat am 11.07.2014 zwar mit 84 Ja-Stimmen bei nur sechs Enthaltungen und ohne Gegenstimme das LAN-Bündnis bzw. die Beteiligung der LDK daran politisch abgesegnet hatte, ist das politische Zusammengehen vor allem mit der AAK allerdings nicht unumstritten. So sprach sich etwa die LDK in Deutschland unter ihrem neuen Vorsitzenden Qazim Bajgoraliu am 08.07.2014 gegen eine Beteiligung der LDK an der LAN-Koalition aus (der bisherige LDK-Deutschlandchef Miftar Dragidella war noch vor den Parlamentswahlen zur AKR übergetreten).

Als Kritikerin des Bündnisses der LDK mit der AAK und NISMA trat schließlich auch Donika Gërvalla-Schwarz (Tochter des am 17.01.1982 in Deutschland ermordeten kosovarischen Untergrundfunktionärs Jusuf Gërvalla) in Erscheinung, die u. a. in einem ganzseitigen „Offenen Brief“, der in der politisch der PDK nahestehenden Tageszeitung „Kosova Sot“ am 11.07.2014 veröffentlicht wurde, in deutlichen Worten Front gegen das LAN-Bündnis bezog und eine Koalition zwischen der LDK und AAK als „unnatürlich“ bezeichnete. Donika Gërvalla-Schwarz hatte erst am 01.06.2014 ihre Mitgliedschaft in der LDK wiederbelebt und sich in der heißen Phase des Wahlkampfes im Kosovo für die LDK engagiert.

Text und Fotos: **Stephan Lipsius**



Verkehr und Infrastruktur im Zogu-Regime



Auf den chaotischen Elitenpluralismus der Jahre 1920-24 und das gescheiterte Modernisierungsexperiment des Bischofs Fan Noli (Robert C. Austin: *Founding a Balkan State. Albania's Experiment with Democracy 1920-1925*. Toronto, Buffalo, London 2012) folgte der Rollback in Gestalt des Gegenstaatsstreichs unter Führung des früheren Regierungschefs Ahmet Bej Zogu an Weihnachten 1924. Ende Januar 1925 ließ er sich zum Präsidenten, der nach US-Vorbild sein eigener Regierungschef war, proklamieren und gestaltete das Land sehr schnell in eine Präsidialdiktatur um. Am 1.9.1928 folgte die Umwandlung in ein Königreich von Mussolinis Gnaden, bis Italien das Interesse an der formalen Selbständigkeit des kleinen Partners verlor und das Land am 7.4.1939 besetzte und in der Gestalt einer Personalunion beider Kronen faktisch annektierte (Michael Schmidt-Neke: *Entstehung und Ausbau der Königsdiktatur in Albanien (1912-1939)*. Regierungsbildungen, Herrschaftsweise und Machteliten in einem jungen Balkanstaat. München 1987). Zogu war bemüht, seine Herrschaft abzusichern und eine staatliche Autorität im ganzen Land durchzusetzen, auch dort, wo der

Kanun (das Gewohnheitsrecht) mehr galt als jede staatliche Vorschrift. Das setzte auch die Schaffung von Infrastruktur voraus, von der Albanien sehr wenig hatte. Es hatte seitens der Besatzungsmächte im I. Weltkrieg, besonders der Österreich-Ungarn, einige Versuche gegeben, das Erbe der osmanischen Zeit auszubauen, andererseits war im Krieg auch einiges zerstört worden. Die österreichisch-ungarischen Besatzer hatten bei ihrem Rückzug eine Brücke über den Mat gesprengt, die sie erst Monate vorher fertig gestellt hatten.

Der Völkerbund entsandte einen Berater aus Luxemburg, Albert Calmès, der 1922 in einer Denkschrift konstatierte, dass Albanien gerade einmal 500 km sehr schlechter und z.T. nicht vernetzter Straßen aufweise, u.a. den Bau von Straßen als dringende Aufgabe empfahl (Albert Calmès: *The Economic and Financial Situation of Albania*. Genf 1922). Albanien hatte aber kein Kapital und öffnete sich für ausländische Investoren, die Verkehrswege unter der Maßgabe schufen, damit Zugang zu den Rohstoffen zu erhalten.

Zogu setzte diese alles andere als nachhaltige Entwicklungsstrategie mit einem wesentlichen Unterschied fort: die Regierungen vor ihm, an denen er zum Teil selbst, sogar

als Regierungschef, beteiligt war, hatten eine „Politik der Offenen Tür“ betrieben, also Einladungen an alle interessierten Ausländer betrieben. Zogu hingegen orientierte sich kurze Zeit nach seiner Machtübernahme auf eine einseitige Partnerschaft mit Italien um, die natürlich nicht auf Augenhöhe realisiert wurde, sondern sich sehr schnell in ein Protektorat verwandelte. Albanien wurde spätestens seit den späten 20er Jahren als exklusive italienische Einflusszone behandelt. Bereits im März 1925 gründete Albanien mit einem italienischen Bankenconsortium die „Albanische Nationalbank“ (Banka Kombëtare e Shqipërisë – Banca Nazionale d’Albania), bei der von vornherein vorgesehen war, dass Albaner keine Aktienmehrheit halten durften. Dennoch emittierte diese Bank die erst jetzt geschaffene Einheitswährung den Goldfranken (Frang Ari). Mit ihrer Hilfe wurden italienische Wirtschaftsgesellschaften gegründet, die Investitionen in Albanien durchführen und so die italienische Kontrolle über die Wirtschaft des Balkanstaates sichern sollten. Das Kapital war als Anleihen an den albanischen Staat definiert, die er mit 7,5 % Zinsen zurückzahlen sollte, was nach damaligem Standard nicht besonders viel war, Albanien aber überforderte. Die wichtigste war die bereits am 23.4.1925 gegründete Società per lo Sviluppo Economico dell’Albania (Gesellschaft für die wirtschaftliche Entwicklung Albanien), die der albanischen Regierung zunächst Kredite in einer Höhe von 50 Mio. Goldfranken oder knapp 243 Mio. Lire bereit stellte (1 US-\$ entsprach damals ca. 19 Lire; nach Alessandro Roselli: *Italy and Albania. Financial Relations in the Fascist Period*. London, New York 2006, entsprach diese Summe 168 Mio. €).

Die SVEA legte 1936 einen aufschlussreichen Bericht an ihre Aktionäre vor (SVEA (ed.): *Un Decennio di Vita della “S.V.E.A.”. Relazione presentata all’Assemblea Generale degli Azionisti del 15 maggio 1936-XIV*. Rom 1936). Zuständiges Ressort war das „Ministerium für Öffentliche

Serpentinen der Straße nach Korça



Arbeiten“, das wegen der Auftragsvergaben besonders korruptionsanfällig war und mit acht Amtsinhabern in gut 14 Jahren ständig umbesetzt wurde. Dieses Ministerium hatten meist Politiker inne, die Schlüsselstellungen im zogistischen System innehatten: Kostaq Kota (später Ministerpräsident), Musa Juka (später Innenminister), der Schriftsteller Hilë Mosi (eine der ganz wenigen Personen der Zogu-Ara, die auch von den Kommunisten geschätzt wurden), Sali Bej Vuçitërn, Izet Bej Dibra, Sandër Saraçi, Ndoc Naraçi, Faik Shatku. Das Staatshandbuch von 1928 (Teki Selenica: Shqipria me 1927 – L’Albanie en 1927. Tirana 1928) gibt an, dass 1925-26 230 km Nationalstraße, 56 km Regionalstraße und 71,5 km örtliche Straße gebaut wurden. Das gesamte Straßennetz des Landes wuchs damit auf gerade einmal 1.404 km.

1925-26 wurden 433 staatliche Brücken, 57 regionale Brücken und 21 kommunale Brücken errichtet. Ein Eisenbahnnetz wurde bis in die 40er Jahre nicht geschaffen; es gab nur eine Schmalspurstrecke aus der österreichischen Besatzungszeit im I. Weltkrieg beim Bergwerk Selenica. Der bereits begonnene Bau einer Strecke Durrës-Tirana wurde zugunsten einer Straße aufgegeben. Der Rechenschaftsbericht der SVEA nennt für den Zeitraum 1926-1935 folgende Investitionen der Gesellschaft in die Infrastruktur Albaniens:

- Ausbau des Hafens Durrës für 8,636 Mio. Lire
- Bau von 275 km neuer Straßen für 19,5 Mio. Lire
- Bau von 44 größeren Brücken und ca. 1.000 Stegen für 14,173 Mio. Lire
- Kanäle und Dämmungsarbeiten an Flussbetten, z.B. am Kir für 1,491 Mio. Lire
- 37 neue Gebäude sowie Gebäudesanierungen für 10,972 Mio. Lire.

Mit Overheadkosten gab die SVEA bis 1935 63,743 Mio. Lire aus. Die wichtigsten Straßen, die von der SVEA errichtet wurden, waren:

- Shkodra – Puka (33 km, zwei Brücken)
- Zogu-Brücke über den Mat Dibra (100 km; damit wurde Zogus Heimat, der Mati-Bezirk, erschlossen)
- Kruja – Burrel (47 km)

- Tirana – Elbasan (47,6 km, drei Brücken)
- Umbau der geplanten Eisenbahntrasse Tirana – Durrës in eine Fahrstraße (26,4 km, 2 Brücken)
- Lushnja – Mbrostar (nordöstlich von Fier) (24,7 km)
- Serpentinstraße bei Korça (2,2 km).

Unter den Brücken war das bedeutendste Projekt die erste Stahlbogenbrücke des Landes: die Zogu-Brücke mit 474 m, die allein schon über 900.000 Lire kostete und die von der Firma Mazorana u. Co. in Triest am Ort der Brücke errichtet wurde, die die Österreicher gebaut und dann wieder gesprengt hatten. Das Projekt wurde von Gerold Schnitter entworfen, einem Professor an der ETH Zürich und Ingenieur in Basel, die Durchführung von Erwin Schnitter durchgeführt, der einen Artikel mit den technischen Details veröffentlichte (Erwin Schnitter: Der Bau der Strassenbrücke „Ura-Zogu“ über den Mati-Fluss in Albanien, in: Schweizerische Bauzeitung. 92 (1928) 3, S. 30-34; online: <http://retro.seals.ch/digbib/view?pid=sbz-002:1928:91:92::401>). Allerdings verlangte die albanische Regierung eine Überprüfung der Baupläne durch einen unabhängigen Gutachter. Der Stuttgarter Ingenieur Prof. Emil Mörsch, veranlasste daraufhin erhebliche technische Änderungen, wie Schnitter etwas kleinlaut in einer Meldung in derselben Zeitschrift (S. 219) einräumte.

Zogu-Brücke über den Mati-Fluss





Drei Brücken über die Vjosa und über den Shkumbin waren jeweils gut 230 m lang, sechs weitere zwischen 100 und 165 m. Das Budget für die Gebäude wurde zu fast 70 % in Tirana verbraucht. Insgesamt wurde es für folgende Zwecke ausgegeben:

- militärische Einrichtungen 3,3 Mio. Lire (30,1 %)
- Ministerien 2,74 Mio. Lire (25,0 %)
- Residenzen des Königs und seiner Familie 2,21 Mio. Lire (20,1 %)
- Krankenhäuser 1,54 Mio. Lire (14,0 %)
- Gefängnisse 0,68 Mio. Lire (6,2 %)
- Schulen 0,43 Mio. Lire (3,9 %)
- Biochemisches Institut Tirana und sonstiges 0,07 Mio. Lire (0,6 %).

Also nur ca. 18 % der Mittel für staatliche Bauprojekte wurden für Zwecke ausgegeben, die das Leben der Bevölkerung durch Bildung und Gesundheit konkret verbesserten, weniger als für die Hofhaltung der königlichen Familie. Dieses in der kommunistischen Geschichtsschreibung immer wieder gegen Zogu angeführte Argument ist also keineswegs eine Propagandabehauptung.

Bei den Friedensverhandlungen in Paris 1946 erhob Albanien wegen der italienischen Besatzung hohe Reparationsforderungen gegenüber Italien. Da die Achsenmacht noch rechtzeitig die Fronten gewechselt und das kommunistische Albanien wenige Unterstützer hatte, kam

Italien glimpflich davon und musste nur auf italienischen Besitz und auf die Insel Sazan verzichten; auf beides hatte es ohnehin keinen Zugriff mehr. Es legte aber eine umfangreiche Denkschrift vor (Italien et Albanien. O.O., o.J. (1946)), in der es Rechenschaft über seine Beiträge zur albanischen Wirtschaftsentwicklung sowohl vor 1939 als auch während der gut vierjährigen Besatzungszeit (April 1939 – September 1943) ablegte. Dieses Memorandum stützte sich zu einem erheblichen Teil auf das Material der SVEA, aus dem es Grafiken direkt übernahm. Interessant ist, dass für den Zeitraum 1936-1939 keine größeren infrastrukturellen Projekte mehr aufgelistet werden.

Noch einige Daten zum Kommunikationssystem: in den ersten Regierungen gab es ein eigenes Postministerium, das sofort mit der Herausgabe von Briefmarken begann. Es war mit illustren Namen wie Lef Nosi, Midhat Bej Frashëri, Hasan Prishtina und Mustafa Merlika Kruja besetzt. Beim politischen Neuanfang auf dem Kongress von Lushnja im Januar 1920 wurde die Generaldirektion der Post dem Regierungschef zugeordnet, 1925 (als es keinen Ministerpräsidenten mehr gab) dem Ministerium für Öffentliche Arbeiten.

Das Staatshandbuch verzeichnet für 1927 53 Postämter, auch in kleineren Gemeinden; dieselbe Zahl nennt ein britisches Handbuch für 1937 (Naval Intelligence Division (ed.): Albania. O.O. 1945 (= Geographical Handbook Series B.R. 542 (Restricted))).

Der Beförderungsumfang nahm sehr schnell zu. 1924 wurden im Inland knapp 280.000 einfache Briefe befördert, 1927 schon knapp 580.000. Die Zahl der Einschreiben verdreifachte sich auf fast 100.000, die der Postkarten verachtfachte sich auf 125.000. Dazu kommen ca. 320.000 Postsendungen der Behörden und der Soldaten. Der Postverkehr mit dem Ausland war noch umfangreicher; die Zahl der einfachen Briefe verdoppelte sich zwischen 1924 und 1927 auf gut 630.000, die der Einschreiben verdoppelte sich auf knapp 100.000. Paketsendungen spielten kaum eine Rolle: 1927 wurden rund 2.000 einfache Pakete und rund 18.000 Wertpakete aufgegeben. 160.000 Telegramme wurden ins Inland, 40.000 ins Ausland verschickt. Dazu kamen nochmals 160.000 Behördentelegramme. Das Telegrafennetz umfasste 2.300 km Linie mit 31.000 Masten.

Für 1927 liegen keine Daten über Telefone vor. Für 1939 gibt das Handbuch der britischen Marine lediglich 1.000 Anschlüsse und 46 öffentliche Telefone sowie 56 Handvermittlungsstellen und eine automatische Vermittlung an. Interessanterweise gab es damals zwei voneinander unabhängige Telefonnetze: eines für die Zivilbevölkerung und ein viel engmaschiger geknüpftes für die Gendarmeriestationen, deren schnelles Eingreifen gegen die vielen Aufstandsversuche sichergestellt werden sollte.

Die Infrastrukturpolitik Zogus war in erster Linie auf die Sicherung seiner Herrschaft, erst in zweiter Linie auf ein Modernisierungskonzept für das rückständigste Land in Europa ausgerichtet. Seine Entscheidung, eine einseitige Bindung an Italien einzugehen, schränkte seine Optionen extrem ein. Der Ausbau der Verkehrswege schuf Voraussetzungen für den allmählichen Übergang von der agrarischen zur industriellen Wirtschaft; in der regionalen Konzentration zeigt sich die Privilegierung von Zogus Heimatregion als wichtigster Basis seiner Macht.

Michael Schmidt-Neke

tion bei einem IRR von 11,6% aufrecht halten zu können. Gleichzeitig, so versicherte die Stadtverwaltung bei ihrer Präsentation am 24. Juni 2014, läge die Belastung für den albanischen Steuerzahler bei gerade einmal 0 Lek.

Politische Hürden im Implementierungsverfahren

Das Projekt soll im so genannten DBOT-Verfahren (Design-Build-Operate-Transfer) abgewickelt werden und beruht auf Public-Private-Partnership (PPP), einer Kooperation der öffentlichen Hand mit privatwirtschaftlichen Unternehmen. Dabei werden Projektdesign, Management, Planung, Bau und Betrieb von verschiedenen Privatfirmen übernommen. Die Stadtverwaltung tritt dabei gemeinsam mit Vertretern der EBWE lediglich als „Steuerungs-GmbH“ des Projekts auf. Aus elf verschiedenen internationalen Bewerbern für das Projektdesign wurde die italienische Firma ITALFERR ausgewählt. Überzeugt habe die Stadtverwaltung dabei eine Kombination aus Firmenexpertise, die vor allem aus dem Bau zahlreicher Bahnhöfe und Bahnverbindungen Italiens resultiert, sowie den veranschlagten Kosten für die Umsetzung des Projekts. Mit ITALFERR ist somit erst Phase „D“ von DBOT abgeschlossen. Als nächster Schritt stünde die Suche nach einem Umsetzungsunternehmen an, welches Planung und Bau der Designstudie übernimmt. Fokus der Stadtverwaltung ist es hierbei, eine ausländische Firma zu finden, die einerseits die nötige Erfahrung in der Ausführung eines solchen Projektes und andererseits im Rahmen der kalkulierten Kosten operieren kann – und will.

Ein Projekt mit öffentlicher Beteiligung und von dieser Bedeutung würde in Albanien allerdings nicht ohne die üblichen politischen Blockaden zwischen Regierung und Opposition ablaufen. Im Grunde ist das Passagierterminal ein Projekt, das im Zuständigkeitsbereich der Stadtverwaltung liegt. Bisher war lediglich während der Initi-

ierungsphase im Dezember 2011 eine Zustimmung der Nationalregierung nötig. Diese konnte leicht eingeholt werden, schließlich stellte die PD damals gleichzeitig den Ministerpräsidenten und Tiranas Bürgermeister. Spätestens aber mit der neuen Regierungskoalition von PS und LSI haben sich seit vergangenem Jahr auch die Vorzeichen im Stadtrat Tiranas geändert: Gemeinsam stellen diese zwar die Opposition, aber mit 29 von 45 Stadträten gleichzeitig auch die Gremiumsmehrheit. Somit ist es nicht verwunderlich, dass die weitere Implementierung des Projekts in der letzten Stadtratssitzung vom 25. Juni 2014 abgelehnt wurde und der für den 07. Juli 2014 geplante Spatenstich bis auf weiteres verschoben werden musste.

Die zuständige Planungsbehörde der Stadtverwaltung rechnet nun mit einer Verzögerung von mindestens sechs Monaten, in denen kleinere Modifikationen am Projekt notwendig werden. Dass es lediglich dabei bleibt, dagegen sprechen Beobachtungen an anderen Großprojekten in Tirana, die kurzfristig noch zahlreiche „Downgrades“ erfahren haben. Prominenteste Beispiele hierfür sind der so genannte „French Plan“ für den Skanderbegplatz mit dem umliegenden Zentrum und das, was daraus geworden ist sowie das Projekt um die immer noch nicht im Bau befindliche Verlängerung des Boulevards Zogu I. inklusive der Umgestaltung des Lumi i Tiranës. Nach Aussagen von Oppositionsvertretern sei der Grund für die Verhinderung der nächsten Projektphase Teil der Strategie, alle Projekte, die von Bürgermeister Basha in den Stadtrat eingebracht werden, zu blockieren. Diese Haltung wird nachvollziehbar, betrachtet man die politische Praxis in Albanien seit 1990, welche weitestgehend aus gegenseitiger Blockade statt aus konstruktiver Zusammenarbeit bestand. Klar wird dadurch aber auch, dass die Zusammenarbeit mit der Opposition bereits in der Initiierungsphase des Projekts ebenso gering gewesen sein muss. Die aktuelle Verzögerungstaktik könnte tatsächlich gelingen, denn

schon im nächsten Jahr stehen Kommunalwahlen an und nach dem deutlichen Wahlsieg der PS bei den Parlamentswahlen ist das Potential zur „Rückeroberung“ Tiranas durchaus gegeben. Auswirkungen auf den geplanten Eröffnungstermin des Passagierterminals sind damit bereits sicher. Welche gestalterischen und finanziellen Veränderungen zukünftig auf das Projekt zukommen oder ob es am Ende überhaupt verwirklicht wird, wird sich zukünftig zeigen müssen.

Die technische Umsetzung - Problem zu 100% gelöst?

Neben dem üblichen politischen Geplänkel bestehen noch weitere Aspekte, die kritische Überlegungen zum Projekt erfordern: Bereits vorab konnte ein erster deutlicher Kostenanstieg im Projektdesign beobachtet werden. So berichtete die albanische Tageszeitung Tema am 03.01.2013 über Gesamtkosten von 25 Mio. €, die sich knapp anderthalb Jahre später auf die jetzt veröffentlichten 41 Mio. € erhöht haben. Bei einem Projekt dieser Größenordnung erscheint diese Kostenrechnung aber als wesentlich realitätsnäher und gilt, wie zuvor erwähnt, immer noch als recht niedrig.

Auch konkrete Planungsaspekte sollten kritisch hinterfragt werden: Geplant sind drei Tramlinien mit insgesamt 15 Zügen. Bei gleichmäßiger Verteilung von 5 Zügen pro Linie könnte zu Stoßzeiten alle 12 Minuten ein Zug verkehren. Die erste Verbindung würde in West-Ost-Richtung auf der Linie der heutigen Busverbindung Kombinat-Kinostudio verlaufen und diese wohl ersetzen. Eine zweite Linie soll sich auf einer Nord-Süd-Achse bewegen, die den dann verlängerten Boulevard vom Passagierterminal, über den Sheshi Skanderbeu bis zur südlichen Haltestelle am Sheshi Nënë Tereza bedienen würde. Mit der „Unaza-Linie“, deren Eröffnung erst später geplant ist, wäre die innere Ringstraße der Hauptstadt in das Tramnetz eingebunden. Hier zeigt sich aufgrund der deutlichen Entfernung zur Innenstadt



Geplante Lage des Passagierterminals im Nordosten Tiranas

ein Nachteil der Lage des Passagierhubs. Für die zügige Weiterfahrt ins Stadtzentrum stünde – zumindest nach dem aktuellen Planungsstand – nur eine Tramlinie zur Verfügung (Nord-Süd-Linie), die erst sehr spät, am ehemaligen Bahnhof (ish-Stacioni Trenit), auf die Unaza-Linie bzw. noch später, im Zentrum, auf die Kombinat-Kinostudio Linie trafe. Zwar sollen auch neue Stadtbuslinien das Terminal anfahren, deren Reisegeschwindigkeit liegt aus verschiedenen Gründen (Verkehrsaufkommen, limitierte Höchstgeschwindigkeit, zahlreiche Haltestellen) jedoch deutlich niedriger. Auch für den Fernbusverkehr in Richtung Süden (nach Elbasan und Korça sowie nach Mazedonien und Griechenland) und die Verbindung nach Osten wäre die Lage im nordöstlichen Außenbezirk als einziges Passagierterminal der Hauptstadt ungünstig. Denn gerade der Verkehr nach Osten würde, sollte die Rr. Arbërit (in Richtung Burrel, Bulqiza, Peshkopia und Dibra in Mazedonien) zeitnah fertiggestellt sein, deutlich an Bedeutung gewinnen. In dem Fall, dass tatsächlich mehrere zehn- oder hunderttausend Personen täglich das Passagierterminal als zentralen (Umsteige-)Bahnhof verwenden, so wird ein Weitertransport in verschiedene Himmelsrichtungen durch das Zentrum verlaufen und damit der geplanten Verkehrsentlastung der Innenstadt

entgegen gehen. Die Nord-Süd-Linie der Tram könnte bei Stoßzeiten und einer zwölfminütigen Taktung leicht überlasten. Was fehlt, wären zum Beispiel ein Ost- und Südbahnhof, bzw. ein kleineres östliches und südliches Busterminal. Denn auch wenn durch das zentrale Terminal der Verkehr in der Hauptstadt entlastet werden soll, wird durch das derzeit beständige Anwachsen der Hauptstadt in Fläche und Bevölkerung, das gesamte potentielle Verkehrsaufkommen ebenso zunehmen. Auch zukünftig würde dann, etwa bei der Fahrt von Elbasan nach Tirana, wofür heute nur noch eine ca. einstündige Fahrt notwendig ist, eine zusätzliche 30- bis 60-minütige Odyssee durch die Innenstadt bis zum Passagierterminal anfallen.

Projekt mit Potential, Durchführung fraglich

Als Fazit für diese noch sehr frühe Phase der Implementierung bleibt festzuhalten, dass das Projekt das große Potential besitzt einen wichtigen Faktor in der Entwicklung Tiranas und Albaniens darzustellen. Allerdings sind bis zur Fertigstellung des Passagierterminals noch zahlreiche Hürden zu nehmen und auch starke Abweichungen vom ursprünglichen Projekt oder dessen Annullierung

wären keine Überraschung. Dass Albaniens stetig (auch an Bedeutung) wachsende Hauptstadt ein modernes ÖPNV-System und somit auch ein entsprechendes Transportzentrum braucht, ist jedem Bewohner und Besucher Tiranas verständlich. Neben dem reinen und viel wichtigeren effektiven Nutzen steht dabei auch ein nicht zu beziffernder repräsentativer Wert, der Tiranas Aufstieg in eine vierte wichtige Balkanmetropole (neben Sofia, Bukarest und Belgrad) untermauern würde. Bis es soweit ist muss jedoch – und genau davon hängt letztlich der Erfolg eines solchen Projekts ab – ein politischer Konsens über Planung, Implementierung und Nutzung des Passagierterminals herrschen.

Detailinformation zu diesem Kommentar entstammen Interviews mit zuständigen Projektbeauftragten in der Stadtverwaltung und mit Vertretern des Stadtrates Tirana sowie: Bashkia e Tiranës (vom 24.06.2014) „Studimi i Fizibilitetit“, und „Analiza Financiare dhe Ekonomike“ (Präsentation des Projektproposals). Gazeta Tema (vom 03.01.2013): Bashkia e Tiranës: Ja studimi për terminalin e ri të pasagjerëve në kryeqytet. Online verfügbar unter: <http://www.gazetatema.net/web/2013/01/03/bashkia-e-tiranes-ja-studimi-per-terminalin-e-ri-te-pasagjereve-ne-kryeqytet/>. Göler, Daniel & Holger Lehmeier (2011): Balkanmetropolen. Urbane Entwicklungen in Belgrad, Bukarest und Sofia. In: Geographische Rundschau 63, H. 4, S. 34-41.

Matthias Bickert
Tirana

Bildunterschriften:

Abb. 1: Komponenten des Terminalkomplexes

Quelle: Bashkia e Tiranës (vom 24.06.2014) „Studimi i Fizibilitetit“, S. 5

Abb. 2: Geplante Lage des Passagierterminals im Nordosten Tiranas

Quelle: Bashkia e Tiranës (vom 24.06.2014) „Studimi i Fizibilitetit“, S. 5

Die Rruga Kombëtare Durrës-Kukës-Morina

Die wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen nationaler Großprojekte auf lokaler Ebene



In ihrem jüngst erschienenen Roman „Das Albanische Öl“ schrieb Anila Wilms „Die österreichische Armee wollte die alte Karawanenstraße, die durch die Berge führt, zu einer Autostraße ausbauen, während die Bewohner sich dagegen sträubten. Im Kanun, dem alten Gesetz der Berge, hieß es: ‚Die Landstraße hat ihr festes Maß: Eineinhalb Fahnenstangen. Sie muss so breit sein, dass das vollpackte Pferd oder der Ochsenkarren sie passieren können.‘

Und jetzt wollte jemand die Straße drei mal so breit bauen! ‚Wozu braucht ihr fünf Fahnenstangen?‘ wollten die Stammesältesten wissen. Die österreichische Delegation erklärte, dass die Autostraße für die Kriegsfahrzeuge benötigt würde, aber wenn unser Krieg vorbei ist, wird euch die Straße mehr von allem bringen, ein besseres Leben‘.

‚Wir wollen nicht mehr von allem, und auch kein besseres Leben. Wir begnügen uns mit dem, was Gott uns gegeben hat‘, hatten die Greise unbeeindruckt erwidert. Der Kanun sei in diesem Punkt unmissverständlich: Die Straße hat ihr festes Maß. Kein

Gefährt, das größer und schneller war als ein Ochsenkarren, sollte über die Landstraße fahren dürfen. Denn wenn man den Weg öffnete, würde die Welt das Bergland überrollen wie eine Steinlawine im Frühjahr das Tal, und da es in der Welt mehr Böses als Gutes gäbe, wäre das sein Verderben.“¹ Straßen und der Straßenbau sind also ein zweiseitiges Schwert. Die Rruga Kombëtare A1, die von der Nationalstraße SH1 bei Milot über Rrëshen und Kukës bis zur albanisch-kosovarischen Grenze führt – und von dort aus weiter nach Prishtina – ist natürlich keine Militärstraße. Aber auch sie stellt ein zweiseitiges Schwert da. Beim Bau und nach ihrer Fertigstellung gab es Gewinner und Verlierer. Ich möchte hier einen Blick auf die lokalen, im weitesten Sinne ökonomischen Entwicklungen in einem kleinen Teil Albaniens wagen. Ich habe neun Monate in Rrëshen gelebt – von Juni 2008 bis Februar 2009. Damals war die Straße, die später den Beinamen Rruga Kombëtare erhalten würde, gerade im Bau. Und sie hat das Leben der Menschen in vielerlei Hinsicht bestimmt. Fünf

Jahre später, sprich im Herbst 2013, war ich wieder in der Region, habe Freunde getroffen und mit Menschen gesprochen, die mir vor fünf Jahren bereits begegnet sind. Und ich habe nachgefragt und gesehen, wie das Leben sich geändert hat. Im Guten wie im Schlechten.

Die moderne Straße im historischem Kontext

Historisch gesehen wurde mit der neuen Straße ein uralter Verkehrskorridor wiedereröffnet, der mit der Grenzziehung 1923, vor allem aber ab 1948, als das Verhältnis zwischen Tito und Hoxha kippte, hinfällig wurde. Man findet Beschreibungen davon zum Beispiel bei Edith Durham oder bei Franz Nopcsa. Schon Anfang der 1990er Jahre, kurz nach dem Regimewechsel gab es erste, teilweise sehr konkrete Pläne – mehrere hundert Seiten lange Berichte – wie man die Verkehrsverbindung zum Kosovo verbessern könnte. Diverse Routen wurden damals berechnet, darunter auch eine Route durch die Mirdita, damals freilich ohne die Option des Tunnelbaus. Doch diese Plänen blieben jahrelang liegen.

Diese Region ist, wie die meisten ländlichen Regionen Albaniens, strukturschwach. Zum Beispiel Reps, hoch auf dem Hang über den Fluss Fani i Vogël mitten in der Mirdita. Heute ist Reps Verwaltungssitz der Kommune Orosh - und mehr auch nicht. Zu sozialistischen Zeiten war die Kleinstadt Zentrum des albanischen Kupferabbaus und der dazugehörigen Verarbeitungsindustrie. In den 1970er Jahren wurde sie massiv ausgebaut, die Zwei- und Dreizimmerwohnungen in den fünfstöckigen Wohnblocks gehörten damals zu dem Modernsten, was der Sozialismus zu bieten hatte. Mit der albanischen Wende Ende 1991 brach der dortige Bergbau in sich zusammen. Wie die restliche Industrie im Lande auch galt sie als rückständig, zu ineffizient, die Technik veraltet, die Infrastruktur marode. Die

Kupferverarbeitungsfabrik in Reps wurde 1996 schließlich geschlossen. Ihrem Einkommen entzogen, gingen viele der Bewohner von Reps weg, manche, um sich als Bauern auf dem Land der ehemaligen staatlichen Landwirtschaftsbetriebe zu versuchen, andere suchten Arbeit in Tirana oder im Ausland. Geblieben ist die ältere Generation mit deren Enkeln, den Kindern der arbeitenden Emigranten, die vom Geld leben, welches regelmäßig von den Kindern geschickt wird. Viel ist es nicht. Diejenigen, die auch nur mäßigen Erfolg in der Emigration hatten, bauten sich ein Haus in der Nähe der Kleinstadt auf dem Land, welches ihnen in der Landreform zurückgegeben wurde. Oder sie holten ihre Familien ins Ausland nach. Diese Entwicklungen sind in der ganzen Region zu beobachten: Gewiss, einst war sie überbevölkert, da es zur sozialistischen Zeit die herrschende Politik war, die Bevölkerung auf dem Land zu halten, aber heute sind viele Dörfer gerade im Winter völlig entvölkert.

Eine Straße, die mehr von allem bringt

Anfang Oktober 2006 meldete die albanische Regierung, dass sie eine vierspurige Autobahn von Durrës bis zur kosovarischen Grenze bauen wolle. Diese Straße würde quer durch die Mirdita führen. Kernstück des Projektes und bautechnisch größte Herausforderung sei die 60 km lange, 420 Millionen Euro teure Teilstrecke zwischen Rrëshen und Kallimash, eine Ortschaft nahe Kukës, keine 40 km von der Grenze entfernt – inklusive einem 6 Kilometer langen Tunnel und 27 Brücken. Die Durchführung des Projektes wurde dem amerikanisch-türkischen Konzern Bechtel-Enka aufgetragen und würde im Juni 2009 fertig sein.²

Der Zeitplan war gewiss übertrieben – und die voraussichtlichen Baukosten von etwa 400 Millionen Euro untertrieben. Vieles hatte mit der PR-Maschinerie des in entsprechenden Kreisen berüchtigten Konzerns

Bechtel-Enka zu tun. Zum Vergleich: Der Streckenabschnitt zwischen dem Anschluss an die nordsüdlich laufende SH1 bis nach Rrëshen wurde von einem weniger aufbrausenden slowenischen Konzern gebaut und war entweder von vornherein oder sehr schnell nach Verkündung des Projektes auf eine einfachere, zweispurige Variante runter gekürzt worden. Der Abschnitt von Kukës bis zur Grenze ist von einem türkischen Konzern gebaut worden – auch hier mit viel weniger medialem Tamtam.

Leben auf einer Mondlandschaft

Die Landschaft entlang dem Fani i Vogël war schnell nicht mehr wiederzuerkennen. Aus dem breiten Flussbett des Mati Flusses wurde Kies gegraben, der an verschiedenen Stellen entlang der existierenden Landstraße zu unterschiedlichen Körnungen gemahlen wurde. Der feine Kies wurde dann zu einer von mehreren provisorischen Betonfabriken transportiert; die gröberen Körnungen wurden für das Straßenbett gebraucht. Manchmal wurden hunderttausende Tonnen Kies transportiert, um Straßendämme zu bauen; andernorts wurden ganze Berghänge im engen Tal des Fani i Vogël weggesprengt um Platz für die 26 Meter breite Trasse zu haben. Im ersten Jahr des Bauprojektes wurden nach den Angaben von Bechtel-Enka täglich bis zu 20 Tonnen Sprengstoff eingesetzt. Die ganze Region wurde mit einer dicken Staubschicht bedeckt. Im Sommer 2008 wurden diese Arbeiten von etwa 3000 Arbeiterinnen und Arbeitern durchgeführt, darunter LKW- und Baggerfahrer, Kranführer, Brücken- und Tunnelbauer, Ingenieure, Übersetzer, Lageristen, Sicherheitskräfte, Verwaltungskräfte, Köchinnen und Putzkräfte (gerade die letzten drei Bereiche waren von Frauen dominiert). Knapp die Hälfte davon waren Albaner, die andere Hälfte der Arbeiter Türken. Die höhere Verwaltung sowie die leitenden Ingenieure kamen zum größten Teil aus Kroatien, Großbritannien und den Vereinigten Staaten.

Die neue Straße führt unmittelbar an Reps vorbei. Ein Lager von etwa 4000 qm diente Bechtel-Enka dort als Projekthauptquartier. In die ein paar hundert Einwohner zählende Stadt kamen durch das Großprojekt unzählige Auswärtige und Ausländer. Die Arbeiter wohnten im Lager am Fluss oder wahlweise eben in Reps: Auf einmal war eine einfache Einzimmerwohnung (1 + 1), die lange keinen Mieter sah, für 300,- Euro im Monat vermietbar. Bechtel-Enka führte ein strenges Regiment: Gearbeitet wurde in zwei 12-Stunden-Schichten, 13 Tage am Stück. Die Arbeiter hatten jeden zweiten Sonntag frei. Ein albanischer Bauarbeiter verdiente 600,- Euro im Monat, ein türkischer 1150,- Euro, die restlichen Ausländer ein Vielfaches mehr. Das war kein Geheimnis und sorgte für Reibereien. Trotzdem waren 600,- Euro vergleichsweise viel Geld, – die Verwaltungsmitarbeiter in der Bashkia in Rrëshen konnten mit gerade mal 200,- Euro im Monat rechnen. Es gab trotzdem eine sehr hohe Fluktuation, vor allem bei den Bauarbeitern, die bei Wind und Wetter unterwegs waren. Diejenigen, die es durchhielten, wurden von den langen Stunden und schweren Arbeitsbedingungen entsprechend gezeichnet. Aber es war Arbeit, ein seltenes Gut in der Region.

Wandel der lokalen Wirtschaft

Die Auswirkungen des Straßenbauprojektes waren und sind vielfältig und auf vielen Ebenen sichtbar. Gerade in den ersten zwei Jahren des Baus boomte die Gegend wirtschaftlich. Kurz überschlagen flossen etwa eine Dreiviertelmillion Euro im Monat nur an Gehälter in die lokale Wirtschaft.³ Das wären 9 Millionen Euro im Jahr – nur an Gehaltszahlungen. Die Menschen hatten plötzlich Geld zum konsumieren, um ihre Häuser und Wohnungen zu renovieren oder besser auszustatten. Viele haben neue Wohnungen kaufen oder neue Häuser bauen können. Dazu kamen die Einnahmen aus den

an die ausländischen Mitarbeiter vermieteten Wohnungen. Auch gingen diese „Zugezogenen“ regelmäßig, manchmal täglich essen. Cafés und Imbisse – mënjesore – entstanden entlang der Baustelle oder haben sich erweitern können. Und die türkischen Bauarbeiter verstanden es so gut wie ihre albanischen Kollegen, Zeit für einen Kaffee oder ggf. einen Tee zu finden. Die Menschen konnten sich was leisten auf dem Bazar in Rrëshen – oder sie fuhren nach Tirana um einzukaufen.

Auch in der Politik schlug sich die neue Straße nieder. Der damalige Bürgermeister von Rrëshen, Gjon Dedaj, hat sich in seinem doch sehr modern gestalteten Wahlkampf schön gerechnet, dass die Stadt halbwegs zwischen Tirana und Prishtina liegt. Danach prägte die Idee der Straße jede seiner Handlung, sie fand in jeder Rede statt. Sie würde den lange ersehnten Aufschwung mit sich bringen: Arbeit und Konsum. Die Menschen haben jedes Wort aufgesaugt: Touristen würden kommen, Fabriken würden sich niederlassen. Dass der Bau einer Autobahn nicht ausreicht, um eine Region nachhaltig wirtschaftlich zu stärken, haben viele erst später gemerkt.

An den Menschen vorbei bauen

Die Bedürfnisse der Menschen vor Ort waren für das Projekt aber relevant. Im Folgenden beziehe ich mich auf den mittleren Abschnitt der neuen Straße zwischen Rrëshen und dem Tunnel bei Thirra, weil ich diese Arbeiten am besten habe dokumentieren können. Auf einer Strecke von knapp 35 km waren lediglich drei Auf- bzw. Abfahrten vorgesehen: bei Rrëshen, Repe und Klos. Das hatte zur Folge, dass es alle paar hundert Meter provisorische Auf- und Abfahrten eingerichtet werden. In einer Nacht- und Nebelaktion wird die Leitplanke entfernt oder aufgerissen und ein paar Ladungen Kies davor gekippt. Voila: eine Ausfahrt.

Fehlplanungen wie diese erheitern den Außenstehenden gern, doch

machen sie auf eklatante Defizite aufmerksam: So wird die Mittelleitplanke regelmäßig entfernt, um den Zugang zur neugebauten Tankstelle auf der anderen Fahrbahnseite zu ermöglichen. Auch die Abfahrten führen – zugespitzt ausgedrückt – ins Nirgendwo: Nach einigen hundert Metern hört die asphaltierte Straße auf und die Schotterpiste beginnt. Der Bau bzw. Ausbau der Straße zwischen Ausfahrt und dem Ort liegt in der Verantwortung der Kommune. Und diese, gerade hier in dieser entvölkerten Region, sind einfach nicht in der Lage, die damit einhergehenden Kosten zu stemmen. Einen Ausgleich für die über mehr als drei Jahre durch LKWs, Bagger und Kipper verursachten Straßenschäden wurde auch nicht geleistet.

Als die Details von fehlenden Aus- und Zufahrtsstraßen und den entstandenen Schäden, die unrepariert bleiben würden, im Laufe der Jahreswende 2008/09 öffentlich wurden, war schnell der Bürgermeister als Schuldiger benannt. Gjon Dedajs Gestaltungsfreiheit hielt sich gewiss in Grenzen: Die Gemeinden Albaniens verwalten sich nicht wie in Deutschland selbst, sondern unterstehen einem Ministerium, welches die Gemeinden an einer sehr kurzen Leine hält, i.d.R. aus gutem Grund muss auch dazu gesagt werden. Aber auch wenn sie rechtlich die nötige Gestaltungsfreiheit hätten, wären die albanischen Lokalpolitiker oft nur bedingt in der Lage, etwas daraus zu machen. Nach meiner Einschätzung mangelt es an vielen Stellen an fähigen Menschen, die die zur Führung einer Bashkia oder Kommuna notwendige Kompetenz hätten. Gjon Dedaj hat sich zudem eng an das Projekt gebunden und ist im Windschatten des Bauprojektes ins Amt gewählt worden. Insofern ist es nicht völlig abwegig, dass er – als einzige greifbare Instanz – für die Missstände verantwortlich gemacht wurde.

Hinzu kam, dass Bechtel-Enka Ende November 2008 plötzlich 700 Arbeiter entließ. Grund dafür war die Fertigstellung der arbeitsaufwändigen Brückenpfeiler. Die lokale Wirtschaft

litt massiv darunter: auf dem Bazar am ehemaligen Bahnhof in Rrëshen brach der Umsatz plötzlich ein.

Politische Schicksale werden besiegelt

Anfang 2009 sprach Gjon Dedaj kaum mehr von der neuen Straße oder von der Verbindung zwischen Durrës und Prishtina. Er entwickelte eine neue Vision. Jetzt dozierte er verstärkt von Brücken und dem magischen Dreieck Tirana-Prishtina-Skopje mit Rrëshen in der Mitte. Mirdita war plötzlich nicht mehr eine Bastion der albanischen Kultur gegen alle fremden Mächte – eine übliche Selbstdarstellung in der Region –, sondern eine Brücke zwischen den Kulturen. Er plante eine Unaza – eine Ringstraße – am Flussufer entlang. Diese sollte die Stadt vom zukünftigen Verkehr auf der Achse Rrëshen-Burrel-Peshkopi-Skopje entlasten. Ein lokaler Landschaftsgärtner wurde schon beauftragt, Bäume am zukünftigen Straßenrand zu pflanzen. Für weitere Arbeiten gab es kein Geld. Seit fünf Jahren ist weiter nichts passiert. Die nächste Bürgermeisterwahl hat Gjon Dedaj verloren. Sali Berisha dagegen hat einen Großteil seines Wahlkampfes 2009 auf die Fertigstellung der Rruga Kombëtare gestützt. Er war Sommer 2009 regelmäßig in der Region, um den Tunnel und den Fortschritt der Bauarbeiten zu verfolgen. Der Tunneldurchbruch wurde gebührend gefeiert und die inszenierte Eröffnung eines etwa hundert Meter langen Teilabschnitts wurde als großer Sieg der PD dargestellt. Die Inszenierung war erfolgreich und Sali Berisha wurde wiedergewählt.

Die Rruga Kombëtare und der öffentliche Raum

Der Bau der Rruga Kombëtare veränderte auch den doch sehr vertrauten öffentlichen Raum. Plötzlich waren andere Menschen in der Region: Ausländer, und gerade solche, die länger

in der Region waren, eine eher seltene Erscheinung vor 2006, wurden a priori als Ingenieure eingeordnet, die bei Bechtel-Enka arbeiteten. Gespräche im Café kreisten um die Straße: Wie entwickelt sie sich? Welche Abschnitte sind schon befahrbar? Wird sie fristgerecht Ende Juni 2009 fertig? Wem wurde – aus albanischer Sicht wegen einer Lappalie – von Bechtel-Enka gekündigt?

Die Kritiker hatten auch Stoff genug, obwohl sie das Projekt als solches nie infrage stellten. Ihnen ging es um das kulturelle Erbe der Region: Dreizehn alte Kullë, alte Wehrtürme, wurden im Laufe der Bauarbeiten abgerissen. Die enteigneten Familien wurden großzügig entschädigt, wie alle anderen, die das Glück hatten, dort, wo die Trasse lang führen sollte, Land zu haben. Aber auch hier lief nicht alles problemlos. Es gab ausreichend Konflikte, aufgrund unstimmiger Katasterangaben oder weil mündliche und nach dem Kanun vereinbarte Absprachen zur Landnutzung oder Verkauf nicht schriftlich festgehalten wurden.

Auch gab es Befürchtungen, dass andere, bisher nicht weiter bekannte oder archäologisch erschlossene Kulturstätten den Baggern geopfert werden sollten. Da war gewiss viel Verschwörungstheorie dahinter und alte Feindschaften tauchten durch den Bau wieder auf. Dennoch: Die Landschaft hat ungemein gelitten. So wurden die Zugangsstraßen zu den Brückenpfeilern nicht renaturiert. Es wird Jahre dauern, bis die offen gelegten, weggesprengten Berghänge wieder ergrünen. Erdbeben sind an der Tagesordnung. Und Umweltschützer beschwerten sich bereits seit Jahren, dass die Flüsse durch den massiven Kiesabbau in ihrer Natur unwiderruflich verändert wurden.

Die langfristigen Auswirkungen zeichnen sich bereits heute, nur vier Jahre nach Fertigstellung der Straße ab. Doch halt – was heißt hier Fertigstellung? Die Abfahrt von der SH1 bei Milot sieht immer noch sehr provisorisch aus und hat sich in seiner Gestalt zumindest in den letzten drei Jahren, in denen ich es habe beob-

achten können, nicht geändert. Ein Teil der nur zweispurigen Straße auf der Höhe der alten Mati-Brücke ist 2013 auf etwa 150 Meter unterspült worden. Es sei dahingestellt, ob man das hätte voraussehen können, und ob der erwähnte Kiesabbau hier eine Rolle gespielt hat.

Der Aufschwung kommt im Schnecken tempo

Nach fünf Jahren machen sich nur schleichend die Vorteile der Straße auch wirtschaftlich bemerkbar. In den offiziellen Verlautbarungen wurde immer der Mehrwert der Straße für die lokale Tourismusindustrie hervorgehoben. Gemeint waren vor allem kosovarische und mazedonische Urlauber, die zunehmend die Strände in Velipoja, Shengjin und Durrës aufsuchen. Heute müssen diese keinen ganzen Tag mehr einplanen, um von der Grenze im Osten zur Küste zu kommen. Die Reise dauert anderthalb bis zwei Stunden und ist durchaus ohne Zwischenhalt zu bewältigen.

Dafür ist die alte Strecke zwischen Kukës und der Küste, die über Fushë Arrëz und dann entweder über Puka oder Gjilan führte, verwaist. Fushë Arrëz ist heute noch trister als vor dem Bau der Rruga Kombëtare, die Straße zwischen Fushë Arrëz über Gjilan nach Rrëshen ist in einem katastrophalen Zustand und de facto nicht mehr befahrbar, auch weil sie unter dem Verkehr der Kipper und Transporter gelitten hat. Es wird geklagt, und Menschen kommen dort regelmäßig durch Unfälle ums Leben, aber geschehen ist bisher nichts. Jetzt, wo sie nicht mehr mit dem regelmäßigen Durchgangsverkehr rechnen können – erschöpfte Reisende, die Pause machen, etwas essen und trinken wollen –, sind diese Städte wirtschaftlich komplett abgehängt.

Dafür gibt es derzeit noch wenige Möglichkeiten, an der neuen Straße sinnvoll anzuhalten oder zu verweilen: Bei Klos wurden gleich zwei große, gar identische Raststätten

samt Hotel gebaut. Damit wird das größte Manko bei der touristischen Erschließung der Region angegangen: das Fehlen jeglicher Übernachtungsmöglichkeit vor Ort. Einige Tankstellenwirte haben sich auch angesiedelt, bei Milot gibt es eine ganze Reihe Obst und Gemüsehändler. Gerade vor dem Tunnel hat sich ein Café-Betreiber niedergelassen. Die Wirtin hat sich zurückhaltend geäußert, als ich sie nach dem Gastaufkommen gefragt habe. Aber es scheint nicht schlecht zu laufen. Mehrere zum Kiosk umgebaute Bauwagen entlang der Strecke zeugen von lokalem Unternehmergeist.

Nicht zuletzt ermöglicht die neue Straße den einfacheren Zugang zum Hinterland, das nach wie vor reich an natürlichen Ressourcen ist. Genannt seien hier der Holzabbau und der Bergbau. Aber beides sind Wirtschaftszweige, die unter ökologischen Gesichtspunkten hoch problematisch sind und nur bedingt ein Gewinn für die unmittelbare Region sind.

Somit wird die Rruga Kombëtare A1 – wie Anila Wilms' „Straße des Nordens“ – weiterhin ein zweischneidiges Schwert bleiben.

Andreas Hemming
Halle/Saale

Anmerkungen

1. Anila Wilms 2012 *Das Albanische Öl oder Mord auf der Straße des Nordens. Transit, Berlin* S. 7f.
2. vgl. die AP-Meldung in der *Turkish Daily News* vom 07. Oktober 2006: „Bechtel-Enka to build new highway in Albania for \$531 mln.“ (www.turkishdailynews.com.tr/article.php?news-id=56095). Weitere Angaben entstammen der Pressemappe „Albanian Motorway Project“ sowie einem Interview mit der Bechtel-Enka Pressesprecherin Iva Zagar in *Reps* am 21. August 2008.
3. 1500 albanische Arbeitskräfte mit einem Mittelwert von 500,- Euro im Monat (die Putzfrauen und Köchinnen haben natürlich keine 600,- Euro verdient) = 750.000,- Euro.
4. vgl. Andreas Hemming 2010 *Der Illegale Holzabbau in Albanien. In: Albanische Hefte* 3/2010 S. 20-21.

Neuerscheinungen

In dieser Rubrik werden Veröffentlichungen angezeigt, für die keine ausführliche Besprechung im Rezensionsteil vorgesehen ist - Bücher ebenso wie interessante Zeitschriftenartikel, die sich mit Albanien oder albanischen Themen befassen. Um Missverständnisse zu vermeiden: Eine Neuerscheinungsanzeige bedeutet weder eine Empfehlung noch, dass die Redaktion sich mit dem Inhalt identifiziert. Für Hinweise unserer Leser sind wir dankbar.

Sabri Bajgora: Destruction of Islamic Heritage in the Kosovo War 1998-1999. Ed. Robert Elsie, Petrit Selimi. Prishtina. 2013. Pappbd. m. OU. 314 S. ISBN 9789951595025

Vedran Džihic EULEX-Mission im Kosovo – Eine (vorläufige) kritische politikwissenschaftliche Bilanz, in: Martin H.W. Möllers, Robert Chr. van Ooyen (Hrsg.): Jahrbuch Öffentliche Sicherheit 2010/2011. Zweiter Halbband. Frankfurt/M. 2011, S. 89-96 ISBN 978386761407

Daniel Göler: Rückkehr nach Albanien – Migration im Zeichen der Krise, in: Südosteuropa-Mitteilungen. 54 (2014) 2, S. 74-87

Erwin Lewin: Das II. ZK-Plenum der KP Albanien 1944 – Versuch einer Wende in der Politik. Dokumentation. Berlin 2014. Paperback 82 S. (Privatdruck ohne ISBN)

Rosemarie Lühr, Natalia Mull, Jörg Oberthür, Hartmut Rosa (Hrsg.): Kultureller und sprachlicher Wandel von Wertbegriffen in Europa. Interdisziplinäre Perspektiven. Frankfurt/M. u.a. 2012. Paperback 252 S. (darin: Emil Lafe: Englische Wörter im heutigen Albanischen - neue Wörter, neue Begriffe; Genc Lafe: Der Einfluss des Italienischen bei der Herausbildung verschiedener lexikalischer Bereiche im Albanischen während des 20. Jahrhunderts) ISBN 9783631619612

Mahir Mustafa: Emi-, Immi-, Remi-: Lesedrama mit soziokulturellem Hintergrund der albanischen Migration in der Schweiz. Zürich 2010. Paperback 347 S. ISBN 9783952356425

Stefan Nilsson: I flyktens skugga. Helsingborg 2013. Pappbd. m. OU. 442 S. (Roman) ISBN 9789186775452

Franz Baron Nopcsa: Traveler, Scholar, Political Adventurer. A Transylvanian Baron at the Birth of Albanian Independence. The memoirs of Franz Nopcsa.

Ed. Robert Elsie. Budapest, New York 2014. Pappbd. m. OU. 13, 227 S., Fototafeln ISBN 9786155225802

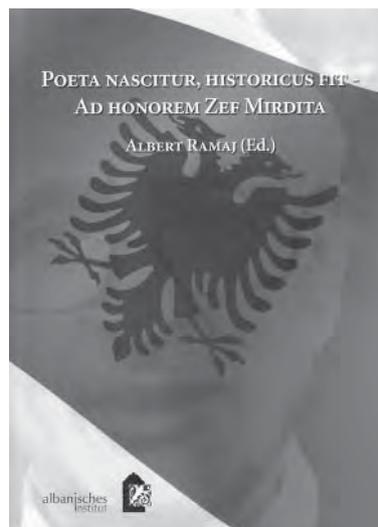
Sašo Ordanoski: The Last Macedonian Elections of April 2014: On the Road to Nowhere,

in: Südosteuropa-Mitteilungen. 54 (2014) 3, S. 6-17

Tamara Scheer: Zwischen Front und Heimat: Österreich-Ungarns Militärverwaltungen im Ersten Weltkrieg.

Frankfurt/M. u.a. 2009. Pappbd. 240 S. (= Neue Forschungen zur ostmittel- und südosteuropäischen Geschichte Bd. 2) ISBN 9783631587218

Doris und Jürgen Sieckmeyer: Kosova – Kosovo NewBorn. Köln 2010. Pappbd. 224 S. ISBN 9783934687943



Albert Ramaj (ed.): Poeta nascitur, historicus fit – ad honorem Zef Mirdita.

St. Gallen, Zagreb 2013. Pappbd. 1244 S. ISBN 9783952420102

Festschriften sind so eine Sache. Sie sind Ausdruck des Respekts gegenüber älteren Wissenschaftlern, aber leider auch eine Endlagerstätte für wissenschaftliche Beiträge, die spätere Benutzer nur mit großer Mühe wiederfinden können. Manchmal handelt es sich um schmale Bände in geringen Auflagen; aus der Festschrift für den Althistoriker Joseph Vogt entwickelte sich hingegen eine nach über 100 sehr dickleibigen Bänden

vorzeitig beendete Gesamtdarstellung des antiken Rom.

Albert Ramaj vom Albanischen Institut in St. Gallen hatte keine Mühe, Mitwirkende für eine Festschrift zum 75. Geburtstag von Zef Mirdita zu finden. Mirdita wurde am 13.3.1936 in Prizren geboren, studierte Altertumswissenschaften in Zagreb und war als Professor für Alte Geschichte in Prishtina tätig. Ab 1993 bis zu seiner Emeritierung arbeitete er am Historischen Institut in Zagreb. Seine Bücher und seine extrem zahlreichen Aufsätze kreisen um die Dardaner (das antike Volk, das im heutigen Kosovo ansässig war), um die Aromunen oder Vlachen als albanisches Volk und um die Religionsgeschichte seiner Heimatregion.

Das gab einen weiten Themenrahmen für die 66 (!) mitwirkenden Autoren, von denen einige sogar mit zwei Beiträgen vertreten sind. Die sprachliche Vielfalt reicht von Albanisch über Deutsch, Englisch, Französisch, Italienisch und Kroatisch bis zu Slowenisch; eine Zusammenfassung auf Englisch vor jedem Aufsatz sollte bei derartigen Publikationen heutzutage Standard sein.

Die meisten, aber nicht alle Beiträge haben einen direkten Bezug auf Albanien bzw. Kosovo. Die Herausgeber haben sie in fünf Bereiche aufgeteilt: Antike, Mittelalter, Moderne, Sprache und Literatur sowie Diaspora. Drei Themenkontexte vereinen die Mehrzahl der Beiträge:

Als erster roter Faden zieht sich bei vielen Autoren die Religionsgeschichte durch den Band, so die Beiträge über die religiöse Symbolik der Illyrer (Aleksandar Stipčević), albanische Franziskaner in Dalmatien (Marija und Damir Karbić), Skanderbegs Türkenkampf im kirchengeschichtlichen Kontext (Aurel Plasari), die Visitation Aleksandar Komulovićs (Mijo Korade), das Patriarchat Peć/Peja (Olga Zirojević), die Sitten der Malësoren in der Kritik der kirchlichen Visitatoren (Peter Bartl), die Seelsorge in Albanien Ende des 19. Jahrhunderts (Odette Marquet), das Kultusprotektorat (Andreas Gottsmann), die Franziskaner in Albanien (Kastriot Marku), das Kryptochristentum (Albert Ramaj), die Bektashi (Robert Elsie), albanischer Protestantismus (Femi Cakolli) und

Katholizismus (Roberto Morozzo della Rocca) und die albanische katholische Mission in Zagreb (Albert Ramaj und Ndue Ballabani).

Eine andere Dimension ist die biographische in Beiträgen, die sich mit dem Leben oder einzelnen Aspekten des Wirkens von Persönlichkeiten auseinandersetzen, über Sulpicia Dryantilla (Michael Schmidt-Neke), Gian Rinaldo Carli (Cristian Luca), Daniel Lohet (Robert Holjevac), Thoma Raspassani (Eleonóra Erzsébet Géra), Ernesto Cozzi (Noel Malcolm), Fan S. Noli (Thomas Kacza), hasan Kaleshi (Sali Mehmeti und Nuridin Ahmeti), Sadullah Brestovci (Izmi Zeka), Anton Çetta (Frrok Kristaj), Martin Camaj (Hans-Joachim Lanksch), Anton Pashku (Frrok Kristaj), Jeronim de Rada und Giovanni E. Bidera (Matteo Mandalà), Francesco Santori (Italo C. Fortino) und den albanischen Studenten in Österreich vor 1939 (Kurt Gostentschnigg).

Den albanischen Minderheiten im Ausland und in Kosovo gilt ein weiterer Schwerpunkt in den Aufsätzen über byzantinische Spracheinflüsse in Kosovo (Skënder Gashi), die Kämpfe in Kosovo von 1690 (Nuri Bexheti), die Aufstände von 1912 in Kosovo (Romeo Gurakuqi), den Anciennitätsdiskursen um Kosovo (Konrad Clewing), den jugoslawischen Albanern in der 40er und 50er Jahren (Zoran Janjetović), den Unruhen in Kosovo 1968 (Mary Motes), dem Kosovokrieg (Rafael Biermann), der albanischen Literatur in Kosovo in ihren Bezügen auf die Bibel (Isak Ahmeti), ein bekanntes Arbëresh-Volklied (Matteo Mandalà), die Albaner in Zadar (Aleksandar Stipčević), in Venedig (Lovorka Čoralić), in Argentinien (Dedier N. Marquiegui), in Griechenland (Titos Jochalasi), in Aserbeidschan (Kopi Kycyku), in Bulgarien (Anton Panchev), in Russland und der Ukraine (Alexander Novik), in Kroatien (Frok Zefiq), in Frankreich (Luan Rama, Remzi Përnaska), in Rumänien (Kopi Kycyku), in Kanada (Robert Austin) und in Slowenien (Martin Berishaj). Man sieht schon an den Themen, dass der Band in seinem letzten Drittel eine Enzyklopädie der albanischen Migration geworden ist.

Außerhalb dieser Leitthemen werden viele andere Fragen behandelt, so die römischen Bürgerkriege in Albanien

(Neritan Ceka), prähistorische Felsmalereien (Muzafer Korkuti), Butrint im Mittelalter (Aleksander Meksi), die Vlachen/Aromunen (Gordan Ravančić sowie Bejtullah Destani), albanisch-montenegrinische Kontakte im Mittelalter (Pëllumb Xhufi), Opatija im Mittelalter (Jadranka Neralić), Skanderbegs Krieg gegen Venedig (Luan Malltezi), die Mikro-Toponomastik von Zvërnec (Pirro Arapi), die österreichisch-ungarische humanitäre Hilfe 1913 (Krisztián Csaplár-Degovics), Albanien im Rahmen der europäischen Geschichte (Oliver Jens Schmitt), der Wandel auf dem Balkan (Lush Gjergji), Gjon Buzukus Sprache im balkanologischen Kontext (Wilfried Fiedler), die Orthographie des Arbëresh (Bardhyl Demiraj), die Debatte über die albanische Schriftsprache (Mehmet Elezi), die deutschsprachige Albanologie (Izer Maksuti), die Beziehungen Albanien zu den USA (Nicholas Pano) und zur Schweiz (Zef Ahmeti).

Ein dreisprachiges Vorwort mit Würdigung Zef Mirditas sowie ein Lebenslauf und das Schriftenverzeichnis des Geehrten bereichern das Buch.

Der Druck und der Einband sind gut; leider – wie es in osteuropäischen Druckereien leider immer wieder vorkommt – sind die Fußnoten nicht entsprechend den Beiträgen getrennt, sondern von 1 bis 3129 durchnummeriert. Eine Kopfzeile, die Autor und Namen des jeweiligen Beitrages statt den des Gesamtbandes nennen würde, wäre gut gewesen. Wie bei meistens Festschriften hat es nicht für ein Register gereicht, das in diesem Falle allerdings auch extrem aufwändig gewesen wäre.

Es ist hier nicht möglich jeden einzelnen Beitrag angemessen zu würdigen; die Aufsätze bewegen sich nicht alle auf gleich hohem Niveau; manches ist mit heißer Nadel genäht, um den Herausgebern Genüge zu tun. Aber das ist bei einer solchen Publikation auch nicht anders zu erwarten. Unter dem Strich ist die Festschrift für Zef Mirdita ein Erfolg geworden, der zu vielen Bereichen der Südosteuropa-Forschung bedeutende Wortmeldungen enthält, die dauerhaft zitiert werden.

Das Buch sollte über die ISBN im Buchhandel oder direkt über das

Albanische Institut in St. Gallen (<http://albanisches-institut.ch/>) bestellbar sein. Angesichts des gewaltigen Umfangs ist es nicht verwunderlich, dass es nicht ganz billig ist; wäre es in Deutschland verlegt worden, wäre man aber schnell im dreistelligen Bereich gewesen. Die Investition lohnt sich aber.

Michael Schmidt-Neke



Maurus Reinkowski: Die Dinge der Ordnung. Eine vergleichende Untersuchung über die osmanische Reformpolitik im 19. Jahrhundert.

München 2005. Gln. 365 S. (= Südosteuropäische Arbeiten 124) ISBN 3486578596

Wenn wir ein Buch erst neun Jahre nach seinem Erscheinen vorstellen, hat das seinen Grund darin, dass wir es bisher übersehen haben. Titel und Untertitel sind so gewählt, dass der Bezug zu Albanien nicht ohne Weiteres erkennbar ist.

Der Blick auf das knappe halbe Jahrhundert der Zugehörigkeit zum Osmanischen Reich war von der romantisch-nationalistischen Geschichtsschreibung der südosteuropäischen Völker mit dem Wort vom „Türkenjoch“ simplifiziert worden, das als Kategorie von den Historikern der sozialistischen Zeit, nicht nur, aber in besonderem Maße in Albanien, übernommen wurde. Es wurden damit Geschichtsbilder

konstruiert, wonach das jeweilige Volk von der schieren militärischen Übermacht der Osmanen überwältigt wurde, aber dank des ihm innewohnenden Mutes und der Besinnung auf die eigene Sprache und Kultur immer wieder Widerstand leistete, der das türkische Reich soweit schwächte, dass dann im 19. bzw. 20. Jahrhundert die Bildung eines Nationalstaates möglich wurde. Natürlich kann man 400-500 Jahre nicht als statisch ansehen, weder hinsichtlich der sozialökonomischen noch der politischen Verhältnisse; auch Mentalitäten sind nicht unwandelbar. Die Albaner sind innerhalb Europas ein besonders interessanter Fall, weil sie mehrheitlich, aber nicht vollständig zum Islam übertraten und in den Eliten des Reiches weit überproportional vertreten waren, was aber andererseits nur wenige Impulse zu einer Modernisierung des albanischen Siedlungsgebietes gab. Der historische Ansatz der nationalen Geschichtsschreibung, das jeweilige Land isoliert in den Blickwinkel zu nehmen, wird inzwischen von vielen Autoren hinterfragt, die Vergleichsmöglichkeiten zwischen den Regionen innerhalb des türkischen Imperiums suchen. So hat Isa Blumi 2003 den Versuch unternommen, die sozialen und politischen Verhältnisse Albaniens und des Jemen im Zeitraum 1878-1918 zu vergleichen. Maurus Reinkowski bezieht sich in seiner Habilitationsschrift auf das 19. Jahrhundert, besonders die Reformära des Tanzimat, und analysiert im Dreieck die Veränderungen in der Politik der osmanischen Zentralregierung und ihre Auswirkungen auf zwei Peripherien, nämlich Nordalbanien (Vilayet İshkodra - Shkodra), in dem muslimische und katholische Albaner sowie orthodoxe Slawen zusammenlebten, und auf den Libanon. Die Innenpolitik des Libanon, die mehrfach in Bürgerkriege abgeglitten ist, ist bis heute von dem Konflikt zwischen den christlichen Maroniten, einer mit Rom unierten Ostkirche, und den Drusen, einer muslimischen oder aus dem Islam hervorgegangenen Glaubensrichtung, geprägt. An Quellen mangelt es nicht, sofern man denn Osmanisch lesen kann –

was die meisten Albanienspezialisten nicht tun. Die nach wie vor nicht erschlossenen Bestände des Archivs des Ministerpräsidenten werden auf bis zu 100 Millionen Dokumente geschätzt.

Nach der methodischen Einführung beschreibt Reinkowski die Eckpunkte der Tanzimat-Reformen und die Rolle der leitenden Verwaltungsbeamten in den Provinzen bei deren Umsetzung und geht dann auf die spezifischen Bedingungen im Libanon und in Nordalbanien ein. Ein erster Vergleich – den der Autor als methodisches Problem thematisiert – schließt sich an.

Im dritten Kapitel geht es um die Formen der osmanischen Herrschaft vor dem Hintergrund der immer stärkeren, oft gegensätzlichen Einmischung der Vertreter der Großmächte, die sich zu Fürsprechern unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen machten, wie bei Konflikten zwischen diesen immer wieder deutlich wurde, wenn es um die Frage nach den Verantwortlichkeiten bei Übergriffen gab. Die osmanischen Behörden steckten dann regelmäßig in dem Dilemma, dem Wunsch nach Ermittlung und Bestrafung der Schuldigen nachgehen zu müssen, damit aber den Keim für neue, gegen Konstantinopel gerichtete Unruhen zu legen; zeitweilige Verbannung war dann die Alternative zu Gefängnis- oder gar Todesstrafen. Sie mussten immer wieder Amnestien erlassen und (in Albanien) die Besatzung, den ehrenwörtlichen Verzicht auf Rache, vermitteln; im Libanon musste ein regelrechter Friedensvertrag zwischen Drusen und Maroniten vermittelt und abgeschlossen werden. Das funktionierte nur, wenn nicht eine Gruppe der anderen systematisch vorgezogen wurde. In Albanien kam als zusätzlicher Störfaktor das Bemühen des unabhängigen Fürstentums Montenegro dazu, die Malësia-Stämme für sich zu gewinnen. Von der politischen Klugheit der Verwaltungschefs hing viel ab, auch ihre eigenen Karrierechancen, aber sie gingen auch von der Bereitschaft der Zentrale ab, ihnen die erforderlichen Truppen und Geldmittel für Konflikteinhegungen zur Verfügung zu stellen.

Der Autor weist dabei auf die Karrieren des mehrmaligen Justizministers

Ahmet Cevdet Pascha, der 1861 als Kommissar zur Beilegung von Konflikten in Shkodra eingesetzt wurde, und von Fuad Pascha, der sich zum gleichen Zeitpunkt im Libanon bewährt hatte und mehrmals Außenminister und Großwesir wurde, hin.

Diese Politik hatte Auswirkungen auf die politische Terminologie des Osmanischen, die Reinkowski im vierten Kapitel analysiert.

In der Gesamtanalyse sieht Reinkowski den Tanzimat als ein gesamtstaatliches Politikkonzept, das in seiner Umsetzung sehr flexibel war, so bei der Assimilation regionaler Rechtssysteme mit dem staatlichen. Kommentierte Listen politischer Schlüsselbegriffe sowie der osmanischen Verwaltungschefs im Libanon und in Nordalbanien schließen das Buch ab.

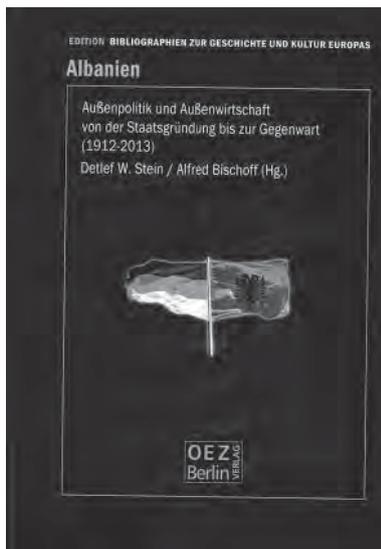
Reinkowski ist es gelungen, unsere oft von Ineffizienz, staatlichem Versagen, Repression und Korruption geprägte Sichtweise auf die Schlussphase des Osmanischen Reiches in Frage zu stellen, ohne nun in das Extrem mancher türkischer Historiker zu verfallen, dieses Reich als den gerade idealen islamischen Weltstaat zu glorifizieren. Sein Buch ist keine einfache Lektüre, aber es ist der Mühe wert. Hoffentlich wird es auch in Albanien zur Kenntnis genommen.

Michael Schmidt-Neke

Alfred Bischoff: Albanien. Außenpolitik und Außenwirtschaft von der Staatsgründung bis zur Gegenwart (1912-2013).

Hrsg. Detlef W. Stein, Alfred Bischoff. Berlin 2013. Pappbd. 417 S. (= Edition Bibliographien zur Geschichte und Kultur Europas Bd. 2) ISBN 9783942437165

Das Berliner Osteuropa-Zentrum unter Leitung von Detlef W. Stein, einem bewährten Partner bei gemeinsamen Veranstaltungen mit der DAFG, gibt verschiedene Buchreihen heraus, darunter einige Bibliographien-Serien. Der neueste Band gilt Albanien. Anders als die großen Länderbibliographien von Armin Hetzer und Viorel S. Roman



(1983) und Antonia Young (1997) behandelt er nicht alle Aspekte der Landeskunde und stellt auch nicht wie das Buch von Odile Daniel (1985) eine historische Gesamtbibliographie dar, sondern beschränkt sich – so jedenfalls der Anspruch – auf die Außenpolitik und Außenwirtschaft der ersten 101 Jahre der albanischen Unabhängigkeit.

Eine weitere Beschränkung liegt in der Sprache; es werden nur deutsch- und englischsprachige Bücher und Aufsätze zitiert. Die albanische Literatur nur in Übersetzungen zu berücksichtigen, ist insoweit vertretbar, als sich das Buch an allgemein an Osteuropa interessierte Benutzer wendet, die nicht Albanien-Spezialisten sind; dass die für Albanien so entscheidende italienische Literatur ausgeklammert wurde, ist schwieriger nachzuvollziehen.

Auf die Bibliographie entfallen 230 Seiten, also nur gut 55 %. Der Rest sind Inhaltsverzeichnis, Vorwort, Abkürzungsverzeichnis, ein Verzeichnis der benutzten Bibliographien und Kataloge, ein Glossar, eine Chronologie, ein Verzeichnis der benutzten Periodika u.a., sogenannte „Kurzbiographien“, ein geographisches „Register“ (ohne Seitenverweise), ein Verzeichnis Albanien-relevanter Websites und eine Adressenliste von Institutionen – jedoch kein Autorenregister, wie es bei jeder Bibliographie unverzichtbar ist. Dieser Platz wäre in mehr bibliographische Einträge besser investiert worden.

Diese schmale Bibliographie ist in nicht weniger als 33 Kapitel, fast alle mit mehreren Unterkapiteln, manche noch in Einzelabschnitte mit episch langen Überschriften unterteilt. Die Systematik bei der Kapiteleinteilung hätte besser durchdacht werden sollen.

Manche Abschnitte gehen dann eben doch auf allgemeine landeskundliche, historische oder gar sprachwissenschaftliche Fragen ein, so Kap. 32, in dem sich sogar eine Arbeit von Norbert Jokl zu den albanisch-iranischen Beziehungen findet; gemeint ist natürlich nicht der Botschafteraustausch zwischen Tirana und Teheran, sondern indogermanische Sprachkontakte.

Im Extremfall besteht so ein Kapitel dann nur aus einem einzigen Eintrag, z.B. Kap. 27 „Die albanische Bevölkerung in Bulgarien“, was an sich schon off topic ist und nur aus einem Aufsatz für frühneuzeitlichen Siedlungsgeschichte besteht, also weitab des Themas liegt. Minderheiten in Albanien und albanische Minderheiten im Ausland sind weit stärker berücksichtigt, als es ihrer außenpolitischen Bedeutung entspricht.

Diesem Prokrustesbett passen sich die Publikationen nicht an; die Entscheidung, eine Veröffentlichung in diesem oder jenem Kapitel zu verzeichnen, musste daher oft sehr willkürlich gefällt werden, weswegen ein Autorenregister unbedingt nötig gewesen wäre. Der Bearbeiter greift zu einem methodisch unhaltbaren Mittel: er registriert häufig Kapitel aus Büchern so, als wären sie selbständige Veröffentlichungen innerhalb von Büchern oder Sammelbänden.

Verlag und Autor sind nicht dasselbe; der klassische Dichter Naim Frashëri ist gewiss nicht der Verfasser einer Polemik gegen die Sowjetunion von 1964 (S. 145).

Manchmal gibt der Bearbeiter eine Inhaltsangabe zu dem Eintrag. Der Band von Bischoff ist trotz dieser erheblichen Einwände hilfreich, weil er immerhin zahlreiche neuere Zeitschriftenaufsätze, Hochschularbeiten und „graue Literatur“ erschließt.

Michael Schmidt-Neke

Angebot des Herausgebers:

für die Leser der AH bis zum 30.12.2014:

Bei Bestellung NUR über den Verlag erhalten die Leser 30 % Rabatt, zzgl. Portopauschale! Preisangaben unter: <http://www.oezb-verlag.de>

OEZ BERLIN VERLAG
Hubertusstr. 14
10365 Berlin
TEL: 0309939316
Fax: 030 994 01 888
info@osteuropa-zentrum.de

ebenso

Edition

Bibliographien zur Geschichte und Kultur Europas, Band III

Detlef W. Stein (Hg.)

„Es kann nichts verborgen bleiben“

Auswahlbibliographie zur Literatur, Geschichte und Politik Serbiens 1991-2013

Gebunden, 14 x 21 cm, 478 Seiten, ISBN 978-3-940452-02-3

Die vorliegende Auswahlbibliographie umfasst die Literatur zur Geschichte Serbiens im Zeitraum 1991-2013. Eine weitgehend vollständige Erfassung der im angegebenen Zeitraum erschienenen Literatur in deutscher und englischer Sprache wird hier vorgelegt. Diese Bibliographie soll nicht ausschließlich wissenschaftlichen Zwecken dienen, sondern auch einer breiten interessierten Öffentlichkeit zugänglich sein. Der Schwerpunkt liegt auf der zeitgenössischen serbischen Literatur (Lyrik, autobiographische Romane, Prosa, Erzählungen) und der Innen- und Außenpolitik Serbiens. Die aufgenommenen Monographien, Zeitschriftenaufsätze und Sammelbände berühren Aspekte des politischen, wirtschaftlichen und sozialen Lebens in Serbien seit 1991, sowie übergreifend auch zu völkerrechtlichen Fragen. Berücksichtigt werden auch die aktuellen Ereignisse in den Nachbarstaaten Serbiens, soweit sie die Entwicklung des Landes seit dem Zerfall Jugoslawiens mit beeinflussen. Es ist die erste Bibliographie zum neuen Serbien in Europa, die für die deutsche und englische Literatur einen aktuellen Überblick bietet.

Tagung der DAFG

Deutsch-Albanische Begegnungen: Konflikte und Symbiosen

15. November 2014

Hamburger Kultur- und Gewerbespeicher, Kehrwieder 2, Block D, 1. Etage
(Eingang Miniaturwunderland/Hamburg Dungeon)

10 Uhr Bodo Gudjons/Andreas Hemming - Begrüßung

10:15 - 11:00 Peter Müller (Hofheim): Wie gewonnen, so zerronnen: die kurzweilige Begegnung des deutschen Prinzen zu Wied mit seiner Herrschaft Albanien im Jahre 1914

11:00 - 11:15 Kaffeepause

11:15 - 12:00 Bledar Kondi (Halle/Saale) 111 Jahre deutschsprachige Musikforschung in der albanischen Klanglandschaft

12:00 - 12:45 Marenglen Kasmi (Tirana) Albanien und die deutsche Besetzung 1943-44. Die Errichtung der Besatzungsmacht und die Haltung der politischen Kräfte

12:45 - 13:45 Mittagsimbiss

13:45 - 14:30 Enrico Seewald (Berlin) Die Stasi und die DAFG. Albanien und die Deutsch-Albanische Freundschaftsgesellschaft im Visier des Ministeriums für Staatssicherheit

14:30 - 15:15 Sadbere Karimani (Hamburg) Die „albanische Migration“ in Deutschland. Eine Innenansicht

15:15 - 15:45 Kaffeepause

15:45 - 16:30 Christian Ritter (Zürich) Die „Identität“ junger Diaspora-Albaner in den sozialen Medien. „Auch Nikci macht den Adler“

16:30 - 17:00 Abschließende Diskussion

ab 18 Uhr Abendessen „Zum Brandanfang,“ Deichstr. 25, 20459 Hamburg (auf der anderen Seite des Binnenhafens)

Unkostenbeitrag EUR 20,- (EUR 10,- für DAFG-Mitglieder, Studierende etc.)

Anmeldungen werden erbeten unter:

E-Mail: dafg.konferenz2014@gmail.com

Einladung zur ordentlichen Mitgliederversammlung der DAFG

16. November 2014, 10:00 Uhr in Hamburg

A&O-Hotel Hamburg Reeperbahn – Raum Blankenese

Reeperbahn 154 - 20359 Hamburg

Tagesordnung:

1. Begrüßung
2. Tätigkeitsbericht des Vorstands und Aussprache
3. Bericht über die Arbeit der OG Hamburg
4. Finanz- und Revisionsbericht
5. Aussprache über die Berichte
6. Abstimmung zur Entlastung des Vorstands
7. Anträge zur Arbeit des Vereins
8. Wahl des Vorstands
9. Wahl des/der Vorsitzenden
10. Wahl des Schiedsgerichts
11. Wahl des Kassenprüfungsausschusses
12. Verschiedenes

Der Tätigkeitsbericht des Vorstands wird zu Beginn der Mitgliederversammlung an die anwesenden Mitglieder verteilt, er kann aber bereits vorab ab Anfang November bei der Geschäftsstelle der DAFG (per Mail: dafg@albanien-dafg.de / Fax: 0234 / 30 85 05 / Telefon: 0234 / 30 86 86) angefordert werden.

Werden auch Sie Mitglied in der DAFG!

Der Ruf Albaniens in der breiten Öffentlichkeit ist nicht der beste. Allzu oft wird er durch (teils kriminelle) Aktivitäten von gesellschaftlichen Randgruppen bestimmt, die so das Bild eines ganzen Volkes prägen. Die kulturellen Werte dieses kleinen Volkes sind viel zu wenig bekannt. Unsere Gesellschaft verfolgt daher u.a. folgende Ziele:

• Förderung aller freundschaftlichen Bestrebungen zwischen dem deutschen und albanischen Volk;

• Entwicklung vielfältiger, gegenseitiger Beziehungen zwischen beiden Völkern auf allen Ebenen;

• in beiden Ländern umfassende Information über die Gegebenheiten des anderen Landes, deren jeweilige Geschichte, Gegenwart und Kultur;

• Durchführung von wissenschaftlichen und allgemeinbildenden Veranstaltungen;

• Förderung und Vertiefung gegenseitigen Verständnisses durch den Abbau von individuellen und gesellschaftlichen Vorurteilen;

• die Entwicklung menschlicher Beziehungen, bilateraler Begegnungen und Austauschmöglichkeiten auf allen Ebenen;

• Förderung und Verbreitung sowie Pflege der Kunst und Folklore des albanischen Volkes;

• Förderung von Organisationen in Albanien, welche das Ziel eines Austauschs mit Deutschland auf fachlichem oder kulturellem Gebiet verfolgen;

• Herausgabe und Verbreitung von Publikationen über Albanien.

Mit jedem neuen Mitglied wachsen unsere Möglichkeiten, diese Zielsetzungen ein Stück weit mehr mit Leben zu erfüllen!

Mitgliedschaft in der DAFG!

Der satzungsmäßige Beitrag von z.Z. 60,00 € jährlich schließt den Bezug der "ALBANISCHEN HEFTE" ein.

Ein mit einem Vereinsmitglied zusammenlebendes Vereinsmitglied zahlt die Hälfte, jedes weitere Familienmitglied ein Viertel des satzungsmäßigen Beitrages (ohne Bezug der "ALBANISCHEN HEFTE")

Ja, ich möchte

Mitglied

Fördermitglied

in der Deutsch-Albanischen Freundschaftsgesellschaft e.V. werden, meine Mitgliedschaft soll beginnen

am.....

Ich zahle

den regulären Beitrag (60,00 €) auf das Konto der DAFG bei der Postbank Hamburg
IBAN:DE43 2001 0020 0035 9812 06
BIC: PBNKDEFF

einen Förderbeitrag in Höhe von

Ich beantrage Beitragsermäßigung

(bitte Begründung beifügen)

Abo der ALBANISCHEN HEFTE

Ich möchte

die ALBANISCHEN HEFTE zum Preis von

z.Z. 17,90 € p.a. (inkl. Versand) abonnieren.

Ich füge einen Scheck über diese Summe bei.

Ich habe die Summe auf das Konto der DAFG überwiesen: Postbank Hamburg
IBAN:DE43 2001 0020 0035 9812 06
BIC: PBNKDEFF

Name

Vorname

Straße / Hausnummer

PLZ / Ort

Datum / Unterschrift

ALBANISCHE HEFTE

Zeitschrift für Berichte, Analysen, Meinungen aus und über Albanien
ISSN 0930 - 1437

Die ALBANISCHEN HEFTE werden vom Vorstand der Deutsch-Albanischen Freundschaftsgesellschaft e.V. herausgegeben.

V.i.S.d.P.: Bodo Gudjons, Friederikastr. 97 44789 Bochum

Redaktion:

Bodo Gudjons (verantwortlich), Bochum
Dr. Michael Schmidt-Neke, Kiel,
Stephan Lipsius, Kassel

MitarbeiterInnen

dieser Ausgabe:
Jochen Blanken, Hamburg;
Matthias Bickert; Tirana;
Andreas Hemming, Halle/Saale; Renate Pietrek, Dinslaken;

Gestaltungskonzept:

Thomas Schauerte, Dorsten

Satz + DTP:

Bodo Gudjons, Bochum
Die AH sind gesetzt in Charis SIL und Yanone Kaffeesatz

Druck:

Hansadruk Kiel

Vertrieb:

Andreas Hemming, Halle/Saale

Abonnements:

DAFG-Literaturvertrieb
Postfach 11 01 53
06015 Halle/Saale

Preise:

Einzelheft: 3,75 € zzgl. Porto - Abonnement: 17,90 € (4 Ausgaben p.A. -jeweils zum Quartalsende - inkl. Porto)

Preis für Auslandabos auf Anfrage

Für Mitglieder der DAFG ist der Bezug der ALBANISCHEN HEFTE im Beitrag enthalten.

Redaktionsschluß

dieser Ausgabe:
15.09.2014

Kontakt zur DAFG

Büro der DAFG + Redaktion der ALBANISCHEN HEFTE

Friederikastr. 97 - 44789 Bochum
Postfach 10 05 65 - 44705 Bochum
Tel.: 0234 / 30 86 86
Fax: 0234 / 30 85 05
e-mail: dafg@albanien-dafg.de

Vorstand:

Bodo Gudjons, Vorsitzender
Postfach 10 22 04 - 44722 Bochum
Friederikastr. 97 - 44789 Bochum
Tel.: (0234) 30 86 86
Fax: (0234) 30 85 05
e-mail: gudjons@skanderbeg.de

Jochen Blanken, stv. Vorsitzender
Kielortallee 24 - 20144 Hamburg
e-mail: jochenblanken@yahoo.de

Dr. Michael Schmidt-Neke, stv. Vors.
Goethestr. 3 - 24116 Kiel
e-mail: schmidt-neke@t-online.de

Stephan Lipsius
Heideweg 47 - 34131 Kassel
Tel.: (0561) 31 24 17
Fax: (0561) 31 24 16
e-mail: S.Lipsius@t-online.de

Wolfgang Pietrek, Kassierer
Am Talgraben 22 - 46539 Dinslaken
Tel.: (02064) 8 21 60
Fax: (02064) 8 21 61
e-mail: pietrek@albanien-dafg.de

Dr. Klaus-Peter Müller
Kreuzgartenstr. 35 - 65719 Hofheim
e-mail: DrKpMueller@web.de

Andreas Hemming
Lauchstädter Str. 16
06110 Halle/Saale
e-mail: hemming@o2online.de

Ortsgruppen

Ortsgruppe Berlin
Postfach 30 34 27 - 10728 Berlin
oder: c/o Günter Marx
Krumme Str. 32
10627 Berlin
Tel.: (030) 312 39 80

Ortsgruppe Hamburg
c/o Dr. Kay Schlette
Griesstr. 86
20535 Hamburg
e-mail: kaysch@hotmail.com

Die DAFG im Internet

Sie finden die DAFG unter folgenden Adressen im Internet:
www.albanien-dafg.de

sowie die Ortsgruppe Hamburg mit ihrer Seite: www.dafg.de

und die DAFG bei facebook:
https://www.facebook.com/pages/Deutsch-Albanische-Freundschaftsgesellschaft/539673532750762

Albanische Straßenverhältnisse vor 100 Jahren



Straßenbau in der Malësia 1916

Die erste fahrbare Straße, die wir in Albanien gesehen haben, ist die Verbindungsstraße des Hafens von Valona mit der Stadt. Reisende, die vor wenigen Jahren dieselbe begehen mußten, schrieben drüber wie folgt: "Es ist nicht leicht, sich an eine Straße zu gewöhnen wie diese, nicht nur daß sie so schlecht ist, mit ½ m tiefen Löchern, aber sie ist auch besät mit großen Steinblöcken, manche von enormen Proportionen und mitten in der Straße." Jetzt ist sie wahrscheinlich vor wenigen Monaten makadamisiert und instand gesetzt worden, und da ich in Valona auch eine Zugwalze gesehen habe, dürfte sie sogar gewalzt worden sein.

Das Konstruktionsprofil weist in dem Detail eine kindliche Naivität auf, da auf keine Weise für einen Wasserabfluß von der Fahrbahn vorgesorgt worden ist. Wahrscheinlich ist sie in der trockenen Jahreszeit hergerichtet worden, wo dies nicht notwendig war.

Die zirka 3 km lange Straße liegt in der Ebene, hat eine Fahrbahnbreite von 6 m und auf beiden Seiten erhöhte Bankets für Fußgänger und Reiter in einer Breite von 2 m. ... Die Straße von Durazzo nach Tirana, zirka 40 km lang, besteht zum größten Teile seit nicht langer

Zeit. Das Anfangsstück ist von einer französischen Gesellschaft gebaut worden, aber wegen Geldmangels wurde der Bau unterbrochen. Dieses Stück Straße, welches durch das sumpfige Terrain bei Durazzo führt, ist sehr gut gebaut, die Böschungen sind in Pflaster mit Zementmörtel ausgeführt, nur fehlen die notwendigen Brücken und Durchlässe. Deshalb kann diese Strecke nicht benutzt werden und man muß seitlich durch den Sumpf fahren oder reiten.

Die Fortsetzung bis Tirana ist halbwegs fahrbar und werden auf derselben sogar Erhaltungsarbeiten ausgeführt, was wir bisher noch auf keiner Straße gesehen hatten; zirka 10 Arbeiter waren bei unserem Vorbeiritt dabei, einen 60 cm tiefen Seitengraben teils auszuräumen, teils neu auszustecken. Die Ausführung dieser Arbeiten wird von einem Unternehmer übernommen und derselbe zahlt dann nach Belieben die Arbeiter aus.

Soweit wir dies durch Befragen erkundschaffen konnten, kommen die Arbeiter kaum auf 3 Piaster täglich. ...

Von Valona gegen Armeni ist der Beginn einer guten Straße, doch nach dem ersten Kilometer kommen schon tiefe Einrisse bei ihr

vor, wir müssen auf den daneben führenden Saumweg abschwanken und bald verlieren wir ihre Spur vollständig.

Als Beispiel, wie eine ausgebaute, aber nicht erhaltene Straße ein Verkehrshindernis sein kann, ist das Straßenstück anzuführen, daß auf der Strecke gegen Alessio, zwischen Šenkol und Kodra liegt. Es liegt in morastigem Terrain, die übliche Pflasterung ist zum Teil aufgerissen, dazwischen sind metertiefe Moorlöcher, auf den glatten Steinen findet man keinen Halt; das ist ein Stück Straße, auf der man weder reiten noch gehen kann. Wir benützten einen Baumstrunk als Brücke, brachen durch einen Dornestrüppzaun durch und so gelangten wir in die benachbarten Äcker, längs welcher wir, so weit das schlechte Stück Straße anhielt, dahinzogen.

Von San Giovanni di Medua führt ein Karawanenweg über Alessio nach Skutari. Die Anlage desselben ist bei Alessio, so weit er durch karstiges Terrain führt, nicht ungünstig; die Straße ist 5 m breit, gut grundiert und untermauert, jedoch fehlt die Erhaltung und die regelmäßige Beschotterung.

Die Brücke über den Drin bei Alessio ist eine Holzträgerbrücke auf Pilotenjochen. Sie hat 15 Joche und Öffnungen von 7,5 m l(ichte) W(eite). Die Tragbalken (aus Eichen) haben einen Trägerquerschnitt von 24 cm zu 21 cm. Sie ist in gutem Zustande, nur die beschotterte Fahrbahn ist schlecht erhalten.

Von Alessio führt die Straße längs der karstigen Hänge des Mali Rencit und Mali Kakariçit. In diesem Teile ist die Straße wegen der großen auf der Fahrbahn herumliegenden Steine sehr schlecht fahrbar. Von da weiter bis Skutari ist die Straße prächtig, breit angelegt und sie hat eine mit feinem Sand bedeckte glatte Fahrbahn. Aber zur Regenzeit ist dieser Teil der Straße 1 m hoch unter Wasser, denn es liegt im Inundationsgebiet des Drin.

Aus: **Rudolf Machnitsch: Straßenwesen, in: Rudolf Machnitsch, F. v. Colobichio, Josef Popp, Wurdack: Albanien. Das Straßen- und Hafenwesen Albanien. Wien 1914, S. 10 - 12**



Bau der Ringstraße Tirana - Sauk - Selita